WER WIR SIND & WAS WIR WOLLEN

FdA IFA

IAF ИФА IFA

FORUM DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

KONTAKTE

Forum deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
www.i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck.ch
www.a4druck.ch

alert|a Pforzheim
Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de
www.alertapforzheim.blogsport.de

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: afb@riseup.net
www.afb.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Freiburg
Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org
www.ag-freiburg.org

Anarchistische Gruppe Köln
Kontakt: ag-koeln@riseup.net
www.agkoeln.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
www.anarchie-mannheim.de

Anarchistische Gruppe Ortenau
Kontakt: ago@riseup.net
www.ago.blogsport.de

Anarchistisches Netzwerk Tübingen
Kontakt: anarchistisches-netzwerk-t@riseup.net
www.ant.blogsport.de

AG K.A.R..O. (Mainz)
Kontakt: agkaro@riseup.net
www.agkaro.blogsport.de

antinationale.org (Saarland)
Kontakt: antinationale@riseup.net
www.antinationale.org

Emanzipatorische Gruppe Konstanz
Kontakt: emanzipatorische-gruppe@systemausfall.org
www.emanzipatorischegruppe.blogsport.de

Freie Arbeiter*innen Union (FAU) Karlsruhe
Kontakt: kontakt@fau-karlsruhe.org
www.fau-karlsruhe.org

Freie Arbeiter*innen Union (FAU) Stuttgart
Kontakt: faus@fau.org
www.faustuttgart.blogsport.de

Karakök Autonome (Türkei/Schweiz)
Kontakt: laydaran@immerda.ch
www.karakok.org

Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB)²
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
www.lblb.pytalhost.de

Libertäre Gruppe Heidelberg
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
www.anarchieheidelberg.blogsport.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
www.lka.tumblr.com

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: linetdd@riseup.net
www.libertaeres-netzwerk.info

Nigra (Ortenau)
Kontakt: nigra@riseup.net
www.nigra.noblogs.org

Einen anderen 改道 Weg gehen...

N°27 - 03.2013

GĂIDĂO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FdA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Ist die Presse frei? / Zwischen Militär und Stacheldraht - was geht eigentlich auf Zypern?
Black Bloc in Ägypten / Anti-Terror-Krieg in Mali / Zwei Buchrezensionen
Pinnwand und Syndikater uvm.

Editorial

Hallo Menschen,

nachdem es letztes Mal keine Nachrichten aus der weltweiten Bewegung gab, bieten wir euch dieses Mal gleich derer sechs an sowie zwei weitere Artikel mit internationalen Bezug in anderen Rubriken. Es ist einfach sehr viel los und das möchten wir gerne illustrieren. Sehr erfreut waren wir übrigens über einen spontan zugesandten Artikel zu Zypern, dem womöglich weitere folgen werden.

Daneben bieten wir aber auch handfeste Überlegungen zur Erweiterung anarchistischer Gruppen und zahlreiche Aufrufe, um handfest Solidarität zu leisten, etwa zum „Refugee Struggle Congress“. Kritisch rückbetrachtet hat die Anarchistische Gruppe Schwarzenbek 1,5 Jahres ihres Wirkens im ländlichen Raum – sehr empfehlenswert! Ebenfalls kritisch betrachtet Frank Tenkterer zwei Neuerscheinungen aus dem Verlag Graswurzelrevolution.

Der Syndikater ist auch mit an Bord und steht auf hoher See vor einer folgenschweren Gewissensentscheidung. Währenddessen setzen wir unsere Erstveröffentlichung von „Anarchismus und Judentum“ fort und präsentieren Kapitel 3.4. Wir sind gespannt, wie dieser Aufsatz weitergeht. Etwas kleinere Geschichten findet ihr hingegen auf unserer Pinnwand.

Schließlich noch ein Hinweis in eigener Sache: In der Januarausgabe (Nr. 25) der Gai Dào wurde der Text „Mehr Druck“ in der Rubrik „Leser*innenbriefe“ abgedruckt. Das war ein Irrtum und beruht auf einem internen Kommunikationsfehler in der Redaktion. Der Text wurde nämlich extra angefragt! M. Veith von Syndikalismusforschung.info hatte sich dankenswerterweise bereitgefunden, anlässlich unserer ersten regulär gedruckten Ausgabe einen Text exklusiv für uns zu schreiben.

Also dann, viel Spaß beim Lesen!
Eure Redaktion

Impressum:

Herausgeber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Be the media Postfach 11 24 66361 St. Ingbert
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	monatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

Über uns

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift des Forums deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), das in der Internationalen der anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert ist.

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied des FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien des FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

FdA hautnah

*Regelmäßige Termine der Mitglieder im Forum deutschsprachiger Anarchist*innen.*

BERLIN

• Anarchistischer Stammtisch der Anarchistischen Föderation Berlin (AFB)
Jeden 2. Donnerstag ab 19 Uhr
in der Tempest Library, Reichenberger Str. 63a, Kreuzberg
4. Dienstag des Monats ab 19 Uhr
im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg

• Tresen der AGN
Jeden 2. und 4. Freitag des Monats ab 21 Uhr in der Erreichbar
Jeweils mit dem Büchertisch der afb
Reichenberger Str. 63a (Kreuzberg).

DRESDEN

• Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mindestens 3 Wochen Vorlauf Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

• Solidaritätsbrunch der Tierrechtsgruppe Dresden
Jeden 1. Sonntag im Monat ab 11 Uhr, (4-6 Euro Spende erbeten)
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

• Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 2. Mittwoch 20 Uhr in der Kneipe „Trotzdem“
Alaunstr. 81, Dresden-Neustadt
und 4. Freitag, 20 Uhr, in der Kneipe des „riesa efau“
Adlergasse 14, 01067 Dresden in Dresden-Friedrichstadt

• Offenes Plenum der Tierrechtsgruppe Dresden
Jeden 2. Donnerstag im Monat, 20 Uhr
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

• Offenes Treffen der psychiatrie-kritischen Gruppe Projekt Ikarus
Jeden 3. Mittwoch im Monat, 19 Uhr
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

• Probe des libertären Chors des AK Freizeit
Jeden 4. Freitag im Monat, 18 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

MANNHEIM

• Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)
Jeden 1. Sonntag ab 19:00 Uhr
im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus), 68159 Mannheim

• Radio Libertad - libertäre Nachrichtensendung der AGM auf Radio Bermudafunk (89,6 in Mannheim 105,4 in Heidelberg)
Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13:00 - 14:00 Uhr

HEIDELBERG

• Libertärer Stammtisch
Jeden 3. Monat im Cafe Botanik
im Neuenheimerfeld 304, 69120 Heidelberg

KÖLN

• Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe Köln
Jeden 2. Mittwoch ab 20 Uhr in der Nantonka-Bar
Autonomes Zentrum Kalk, Wiersbergstrasse 44, 51103 Köln

STUTTGART

• Schwarz Roter Tresen der FAU Stuttgart
jeden ersten Mittwoch im Monat, 20:00 Uhr
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

LUDWIGSBURG

• Anka L - das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)²
Jeden 4. Mittwoch
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

KARLSRUHE

• Offenes Treffen der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 2. Dienstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

• Offenes Treffen der FAU Karlsruhe
Jeden 1. Samstag ab 15 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

• Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag um 18 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder www.querfunk.de

Termine

Kiel
3. März | 15 Uhr
Infoveranstaltung: Aufstieg des Neo-Faschismus? Griechenland in der Krise
Hansastr. 48
Mehr Infos: www.antifa-kiel.org

Augsburg
4. März | 20 Uhr
Buchvorstellung/ Vortrag: Befreiung und soziale Emanzipation
Kulturverein in Selbstverwaltung „Ganze Bäckerei"

Chemnitz
5. März
Naziaufmarsch verhindern, blockieren, sabotieren!
Mehr Infos: www.nicb2013.wordpress.com

Freiburg
5. März | 20 Uhr
Buchvorstellung: Befreiung und soziale Emanzipation – Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus
KTS, Basler Str. 103

Düsseldorf
6. März | 10-13 Uhr
Informationstag der FAU, der Unabhängigen Arbeitslosen (UA) und der Anti-Leiharbeits Initiative (ALAID)
Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53
Mehr Infos: www.fau-duesseldorf.org

Stuttgart
6. März | 17 Uhr
Demo gegen die Gentrifizierung in Stuttgart
Schlossplatz

Mannheim
7. März | 19 Uhr
Vortrag: Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse
Gewerkschaftshaus, Hans Böckler Str. 3

Düsseldorf
13. März | 21 Uhr (pünktlich)
Vortrag: März 1920 – Die vergessene Revolution
Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53

Mannheim
Vortrag: Krise ohne Widerstand?
14. März | 19 Uhr
Wildwest, Alphornstr. 38

Cottbus
16. März | 19 Uhr
Vortrag: FAU – Wie funktioniert das?
quasiMono, Erich-Weinert-Str. 2

Berlin
22. März | 19 Uhr
Release-Party für das Dokument A 2012
Fischladen, Schönhauser Allee 128

Cottbus
23. März | 19 Uhr
Vortrag: FdA-IFA – Forum deutschsprachiger Anarchist*innen
quasiMono, Erich-Weinert-Str. 2

Dresden
26. März | 19 Uhr
Einführungsvortrag in den Anarchismus
Wums e.V., Columbusstr. 2, Dresden-Löbtau

Freiburg
28. März | 22 Uhr
Soliparty für die Anarchistische Gruppe Freiburg
KTS, Basler Str. 103
Mehr Infos: www.ag-freiburg.org

Berlin
29. März | 19 Uhr
Buchvorstellung: Anne Seeck: Ohne Angst verschieden sein – Freiräume und Eigensinn in der DDR
Bibliothek der Freien, Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie Berlin, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102

Witten
29. März | 19 Uhr
Schwarzer Tresen
Vokü und Infoveranstaltung zur Märzrevolution: Erfahrungen im Kampf für eine freie Gesellschaft – Die „Kommune von Dortmund" 1920
Trotz Allem, Augustastr.58

Duisburg
30. März | 10:00 Uhr (pünktlich!)
Proletarische Radtour
Duisburg HBF (Hauptausgang)

Der Februar-Rückblick des Libertären Podcasts.

Der monatliche Rückblick des Anarchistischen Radios Berlin auf die ernsten und skurrilen Themen des Vormonats.

In der aktuellen Ausgabe:
- Brandanschlag auf den Freedom Bookshop in London
- Ägypten aktuell
- 129er-Soliarbeit
- Bio geht nur fair
- Prof. Dr. Plag
- Ämterkritik – 19-jährige ins Rotlichtmilieu vermittelt
- Fotografieren – aber richtig
- Wo herrscht Anarchie
- Der libertäre Linktipp

Den Februar-Podcast im Stream und als Download gibt's auf aradio.blogsport.de

FdA/IFA

04 ***Unterwegs in Sachen Solidarität***
Infotour zur Lage der anarchistischen Bewegung in Weißrussland

05 ***Ist die Presse frei?***
Solidarität mit den durchsuchten Journalist*innen

Weltweit

07 ***Zwischen Militär und Stacheldraht***
Was geht eigentlich auf Zypern?

08 ***Neue landesweite Vernetzung in Venezuela gegründet***
Anarchistisches Netzwerk „Red Anarquista" ins Leben gerufen

09 ***Black Bloc in Ägypten***
„We are Black Bloc – We are here to fight the Muslims Brotherhood"

11 ***Interview: black bloc egypt***
„Wir haben keine politischen, sondern nur revolutionäre Ziele."

13 ***Mali - und noch ein Anti-Terror-Krieg***
Nachrichten aus einem unbekannten Land

16 ***Russland: Aktionen gegen die Vernichtung des medizinischen Sektors***
Landesweite Proteste für eine freie medizinische Versorgung

Geschichte

17 ***Anarchismus und Judentum***
Kapitel 3.4

Lokales

19 ***Pinnwand***
Nachrichten in aller Kürze

20 ***Pforzheim: Viel Polizei, wenige Nazis.***
Entschlossene Proteste gegen Nazi-Mahnwache

Bewegung

22 ***1 Jahr und 5 Monate „Schwarzes" Schwarzenbek***
Ein persönliches Resümee

Kultur und Alltag

23 ***Zwei Bücher, eine Meinung***
„Ich revoltiere, also sind wir." und „...über uns kein Himmel"

24 ***Syndikater***
Seenot

25 ***Erich-Mühsam-Preis 2013***

Aufrufe

25 ***Ukrainische Gangsterjustiz***
Sozialer Aktivist grundlos zu 7 Jahren Straflager verurteilt

26 ***Spendenaufruf für den „Refugee Struggle Congress"***

27 ***Gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus***
Antifa-Demo zum NSU-Prozess in München

28 ***Handwerk im Kapitalismus***
Linke Broschüre zu Ausbildung im Bau geplant

Analyse & Diskussion

30 ***Endlich aus der Nische raus!***
Wie können wir anarchistische Zusammenhänge vergrößern?

Termine

34 ***Termine***

35 ***FdA hautnah***
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen" (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Unterwegs in Sachen Solidarität

Infotour zur Lage der anarchistischen Bewegung in Weissrussland

Von: Carlo L. Negro

Am 15. Februar startete mit einer Veranstaltung im Londoner Freedom Bookshop eine mehrmonatige Infotour eines Aktivisten des Anarchist Black Cross (ABC) Belarus. In den kommenden Wochen werden mehrere Städte in Großbritannien bereist, bevor die Tour weiter auf die iberische Halbinsel, danach nach Frankreich und Belgien und zum Abschluss in die Schweiz und quer durch Deutschland führt. Organisiert wird die Rundreise dieses Mal von der Internationalen der Anarchistischen Föderationen (IFA), lokalen ABC- und anderen anarchistischen Gruppen.

Schon 2011 reisten Aktivist*innen durch Europa, um über die Situation in Weißrussland und die Repression gegenüber der anarchistischen Bewegung zu informieren. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Situation jedoch merklich verschlechtert. Stand die letzte Rundreise noch ganz im Zeichen der Proteste im Zuge der letztjährigen Präsidentschaftswahlen, so wird jetzt wohl ein Land beschrieben, das in weiten Teilen lethargisch und resigniert die absolute Macht des Lukaschenko-Regimes hin nimmt.

Wahlen, Knüppel, Diktatoren

Das direkt an Russland angrenzende Belarus wird seit mehr als 18 Jahren von Alexander Lukaschenko autoritär regiert. Formal ist Weißrussland eine präsidiale Republik, etwa vergleichbar mit den USA. Der Präsident ist gleichzeitig Regierungschef, wird aber in freien Wahlen für bestimmte Amtszeiten gewählt und muss Entscheidungen vor einem Parlament rechtfertigen. So zumindest die Theorie. In der Praxis weitete Lukaschenko seine Befugnisse sukzessive aus und unterdrückte mittels einer Kombination aus Gesetzen und brutaler Repression jede Form von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition. Als er sich 2006 laut der weißrussischen Verfassung nicht mehr zur Wiederwahl stellen durfte, umging er diesen Fakt mit einem Referendum, das ihm fortan eine unbegrenzte Amtszeit ermöglicht.

Termine
Schweiz & Deutschland

15.4. Zürich	20.-21.4. Mannheim
16.4. Nürnberg	22.4. Dresden
17.4. Ludwigsburg	23.4. Leipzig
18.4. Karlsruhe	24.4. Finsterwalde
19.4. Düsseldorf	25.4. Berlin

Detaillierte Infos zu den einzelnen Veranstaltungen in der nächsten Gaidao oder unter www.fda-ifa.org

2010 erhoben sich mehrere zehntausend Menschen im Zuge der Wiederwahl Lukaschenkos, die von Unstimmigkeiten, offensichtlicher Manipulation und Einschüchterung der politischen Opposition geprägt war. Noch nie zuvor in der damals 16 Jährigen Amtszeit des „letzten Diktator Europas“ gingen die Menschen in solch einer großen Zahl und Vehemenz auf die Straßen. Aber ebenso beispiellos war die Reaktion des Regimes. Oppositionspolitiker*innen verschwanden und tauchten erst Tage später in Gefängnissen des weißrussischen Geheimdienstes KGB wieder auf. Massenversammlungen wurden durch die Sicherheitskräfte brutal zerschlagen und hunderte Menschen verhaftet, welche teilweise weitreichenden Schikanen und Misshandlungen ausgesetzt wurden.

Gemeint sind wir alle, es trifft jedoch immer die selben

Neben der parlamentarischen Opposition, die durch ihre Unterstützer*innen und das internationale, mediale Interesse meist glimpflich davon kamen, traf es die anarchistische Bewegung besonders hart. In diesem Zeitraum organisierten Anarchist*innen zahlreiche, illegale Kundgebungen, Flashmobs und andere öffentliche Aktionen. Gleichzeitig fanden eine Vielzahl direkter Aktionen gegen kapitalistische und staatliche Symbole statt, wie etwa die Angriffe auf die russische Botschaft in Minsk im Spätsommer 2010 und die Zentrale des KGB einige Wochen darauf. Alle Aktionen zogen massive Repressionswellen nach sich. Veranstaltungen wurden gewaltsam aufgelöst, eine Vielzahl von Wohnungen durchsucht und Dutzende Aktivist*innen oft mehrmals hintereinander verhaftet. Schlussendlich wurde 6 von ihnen im Mai 2011 der Prozess gemacht, wobei ihnen alle bekannten Aktionen zur Last gelegt wurden, unabhängig ob eine konkrete Beteiligung nachgewiesen werden konnte. Die Aktivist*innen wurden zu Haftstrafen zwischen 3 und 8 Jahren verurteilt, lediglich einer der sechs, Pavel Syramolatau konnte durch ein Gnadengesuch an den Präsidenten im vergangenen September seine Entlassung erreichen. Da an ein solches Gesuch ein umfassendes Schuldeingständnis gekoppelt ist, verweigern die noch einsitzenden Aktivist*innen diese Möglichkeit vehement.

weitige Projekte die Zeit von vormals aktiven Mitgliedern erheblich verringern. Trotzdem ist bei diesen Genoss*innen vielleicht Bereitschaft da, die Organisation punktuell und/oder finanziell zu unterstützen. Oft ist die mangelnde Fähigkeit, auf diese Bedürfnisse strukturell zu reagieren, ein Grund für das Ausscheiden vieler Mitglieder. Eine anarchistische Organisation, die für Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen da sein will, muss auf dieses Problem eine Antwort finden.

Ab einer gewissen Gruppengröße können dafür Stadtteilverantwortliche eine Lösung sein. Dabei haben die Verantwortlichen einen Überblick über alle Mitglieder und Sympathisierenden in ihrem Stadtteil/ Bezirk. Sie können sich mit Mitgliedern, die wenig Zeit haben, regelmäßig oder sporadisch treffen, sie mit Infomaterial versorgen, aktuelle Diskussionen und Entscheidungen in der Organisation zusammen fassen und Feedback einholen. Dadurch behalten die weniger aktiven Mitglieder ohne großen zeitlichen Aufwand einen Überblick über das Organisationsgeschehen, sehen wo sie punktuell unterstützen können oder intervenieren müssen, weil sie die Entscheidungen der Organisation nicht mittragen wollen. Die weniger Aktiven werden so nicht einfach sich selbst überlassen, sondern bleiben in Kontakt mit der Organisation und behalten einen Überblick über die laufenden Vorgänge. Gleichzeitig können die Verantwortlichen auf diese Weise unkompliziert Beiträge einsammeln, Veranstaltungen bewerben und die Vernetzung von Anarchist*innen im jeweiligen Stadtteil befördern.

Zusätzlich bemerkt der Verantwortliche, wenn sich Genoss*innen

zurück ziehen und kann ggf. in persönlichen Gesprächen etwaige Unzufriedenheiten oder Probleme mit der Organisation zur Sprache bringen und verhindert so, dass Menschen mit der Zeit einfach kommentarlos die Organisation verlassen, wie es sonst oft der Fall ist.

Eine funktionierende, kontinuierliche und dabei transparent bleibende Gruppe oder Organisation ist schwer zu erreichen. Ihre Entwicklung ist immer eine Gratwanderung zwischen Polen wie Pragmatismus und Ideal, Kurz- und Langfristigkeit, Aktionismus und Strukturarbeit, Überstrukturierung und informellen Hierarchien.

Die genannten Konzepte werden zu großen Teilen im Allgemeinen Syndikat Dresden (FAU IAA) umgesetzt. Auch wenn nicht alles reibungslos funktioniert, so zeitigt sich doch bereits jetzt ein Erfolg gegenüber vorherigen anarchistischen Gruppenkonzepten in Dresden, die sich eher an autonomen und Bezugsgruppenmodellen orientierten. Das Syndikat verzeichnet seit seiner Gründung im Sommer 2011 einen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs. Dabei wurden vor allem Menschen angesprochen, die vorher wenig oder gar nicht politisch oder gewerkschaftlich aktiv waren. Kompetenzen und theoretisches Wissen werden in oben genannter Weise miteinander geteilt, was die Arbeit in mehreren, parallel arbeitenden AGs ermöglicht.

Ich hoffe, dass die geschilderten Konzepte und Anregungen vielleicht auch in anderen Städten helfen, neue Menschen in die Bewegung einzubinden und die Mitgliederstagnation vieler älterer Gruppen aufzubrechen. Feedback und Anregungen sind wie immer erwünscht, gerne auch als Leser*innenbrief.

Fußnoten:

[1] Während der Libertären Tage 2010 in Dresden kamen so z.B. völlig unerwartet ca. 100 überwiegend ältere Menschen zu einem Anarchismus-Vortrag in ein Dresdner Gymnasium.

*[2] Informationen zur jeweiligen Organisation und aktuellen Kampagnen werden z.B. vom Forum deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA IFA) und der Freien Arbeiterinnen und Arbeiter Union auf Nachfrage kostenlos verschickt.*

[3] Ein breites Sortiment zur Geschichte, Gegenwart und Theorie des Anarchismus und des Anarchosyndikalismus bietet der Syndikat A Medienvertrieb, der auf Anfrage auch gern über die Wahl des Materials berät.

[4] Da die eigene Anschaffung eines Bücherfundus zum Weiterverkauf für eine Gruppe sehr kostenintensiv ist, macht es Sinn, mit dem nächstgelegenen linken Buchladen über eine Zusammenarbeit zu reden. Oft können Bücher für Büchertische geliehen und bestellt werden. Die Buchläden haben damit mehr Absatz und werden bekannter und ihr habt die Möglichkeit, die Theorie zu streuen, die euch wichtig ist.

[5] demoplaner.de, linksunten.indymedia.org, direkteaktion.org/termine

*[6] Vor allem Facebook ist sehr kritisch zu betrachten, da von den Betreiber*innen selbst überwacht wird, Inhalte nicht mehr völlig löschbar sind und auch eine systematische Nutzung durch diverse Geheimdienste und Repressionsorgane stattfindet, die von Facebook volle Unterstützung erfährt. Auch bei vorsichtiger Benutzung von Facebook ist es immer ein schmaler Grad zwischen Nutzung, kritischer Intervention in der Facebook-Landschaft und der Gefährdung von sich und anderen. Eine gute Zusammenfassung zur Kritik an Facebook gibt es auf Wikipedia: de.wikipedia.org/wiki/Kritik_an_Facebook. Insbesondere um noch nicht organisierte Menschen zu erreichen, ist Facebook jedoch trotzdem ein äußerst effektives Medium und kann dafür genutzt werden, neue Menschen als Stammleser*innen für die eigenen Medien zu gewinnen.*

[7] Gemeint sind hier die sogenannten imperativen (weisungsgebundenen) Mandate. Die Vollversammlung legt dabei die genauen Kompetenzen, Freiheiten und Aufgaben eines Mandatspostens fest. Bei Verstoß gegen die gemeinsamen Beschlüsse ist die mandatierte Person jederzeit abwählbar.

Auch in der eigenen Wortwahl und im Verweis auf Hintergrundwissen sollte Sensibilität dafür bewahrt werden, dass mensch selbst durch die Vertiefung in verschiedene Fragen wahrscheinlich einen anderen Wissensstand entwickelt hat als das Gegenüber auf der Straße. Auch bei Neumitgliedern bleibt es wichtig, die eigenen Begriffe und Kontexte zu erklären und darum bemüht zu sein, sich möglichst barrierefrei auszudrücken.

2. Neue Menschen einbinden, Mitglieder halten

Schwieriger als die Gewinnung neuer Mitstreiter*innen ist oft deren Einbindung in bestehende Strukturen. In vielen Gruppen gibt es einen harten Kern oft langjähriger Aktivist*innen mit geringer Fluktuation, der den Großteil der organisatorischen Aufgaben übernimmt und einen Kreis von neueren Aktivist*innen, von denen nur ein kleiner Teil hängen bleibt. Der Rest wird aus Weiterbildungs-, Informations- und Entscheidungsfindungsprozessen ausgeschlossen (oder fühlt sich zumindest so), bzw. sieht sich sozial im Vergleich zur Kerngruppe nicht aufgehoben. Für neue Menschen, die zu einer schon lange Jahre bestehenden Gruppe dazu stoßen, gehört oft einiges an Selbstbewusstsein, Durchhaltewillen und Vorbildung dazu, um tatsächlich gleichberechtigter Teil der Gruppe zu werden. Dabei gilt, dass sich dieses Problem tendenziell verschärft, wenn die Gruppe aus nur einem Freundeskreis besteht. Es verringert sich, wenn in der Gruppe mehrere unabhängige Freundeskreise existieren oder die Mitglieder außerhalb der politischen Arbeit wenig miteinander zu tun haben.

2.1 Wissen vermitteln

Da neue Mitglieder grundsätzlich vor dem Problem stehen, dass die älteren Mitglieder ihnen gegenüber zumeist einen Vorsprung an Erfahrung und theoretischem Wissen besitzen, trauen sie sich Anfangs oft nicht Aufgaben zu übernehmen oder in Diskussionen offen ihre Meinung zu sagen. Dies steht sowohl einer gleichberechtigten Arbeitsweise als auch einer Verteilung der gemeinsamen Arbeit auf möglichst viele Schultern entgegen und muss daher kontinuierlich und zeitnah ausgeglichen werden.

Ein gute Möglichkeit ist es, wenn sich in Absprache mit dem Neumitglied ein oder mehrere Verantwortliche (oft Buddys genannt) finden (vorzugsweise aufgrund von Bekanntschaft oder Sympathie) die dem Neumitglied Struktur und Geschichte der Organisation, nutzbare Strukturen in der Stadt, Leseempfehlungen und anderes Know-How vermitteln. Ebenso wichtig ist, für theoretische Fragen oder allgemeine Unklarheiten offen zu stehen. Der*die Verantwortliche kann z.B. auch im Plenum neben dem Neumitglied sitzen und bei Bedarf Fragen und Zusammenhänge im Zwiegespräch erklären, was die Hemmschwelle für Nachfragen enorm verringert.
Darüber hinaus kann die Organisation einen Index vorhandener Literatur, eine Datenfestplatte mit Ebooks, Filmen, Musik, Readern und Bildern erstellen, eigene Weiterbildungen organisieren oder gemeinsam zu externen Vorträgen gehen, um sich kontinuierlich weiter zu bilden. Auch die Führung einer Organisationschronik ist nicht nur für spätere Generationen, sondern auch für die eigenen Mitglieder interessant um zu wissen, welche Erfahrungen ältere Aktivist*innen schon gemacht haben und sich darüber ggf. weiter zu informieren.

2.2 Neue Menschen anlernen und Aufgaben übertragen

Für neue Mitglieder sind die größten Hindernisse auf dem Weg zu einem festen Platz in der Organisation paradoxerweise oft die besonders aktiven, erfahreneren Mitglieder. Die Personen, die sich stark mit einer Organisation identifizieren, entwickeln oft einen Perfektionismus und eine „am besten alles selbst machen"-Mentalität. Diese führt nicht nur dazu, dass sie sich vorschnell für diverse Organisationsaufgaben melden, sondern strahlt anders herum auch auf die neueren Mitglieder aus und erhöht die Unsicherheit, sich für vorher noch nie erledigte Aufgaben zu melden.

Generell sollten erfahrenere Aktivist*innen daher ihr Arbeitspensum reflektieren und versuchen, vor allem unterstützend, nicht federführend an Aufgaben beteiligt zu sein. Auch sollte ein nicht zu geringer Anteil der eigenen Organisationsarbeit für erfahrenere Mitglieder darin bestehen, das eigene Wissen aufzubereiten, zu strukturieren und Bildungsangebote bereit zu stellen. So könnte ein*e langjährige*r Aktivist*in z.B. in der selben Zeit, in der er*sie zum hundertsten mal eine Pressemitteilung schreibt, auch eine praktische Anleitung für diese Aufgabe erstellen, die dann von verschiedensten Aktiven genutzt werden könnte. Damit wird gemachte Erfahrung effektiv verwertet und die Grundlage für eine stabile und ausgeglichene Organisation geschaffen.

Um solche informellen Hierarchien und festgefahrenen Aufgabenverteilungen aufzubrechen, kann es helfen, für die immer wieder oder kontinuierlich anfallenden Aufgaben feste Mandate mit zeitlicher Begrenzung einzurichten. Mandatsposten[7] könnten z.B. sein: Webauftritt, Kasse, Koordination, Weiterbildung etc.. Eine zeitliche Begrenzung ist für die Verteilung von Fähigkeiten in der Gruppe unbedingt empfehlenswert und erfordert von den Mandatsträger*innen auch eine transparente Arbeitsweise, da sich der*die Nachfolger*in anschließend ja auch zurechtfinden muss. Wenn die Organisationsgröße es zulässt ist überdies auch eine Mandats-Sperrzeit sinnvoll, d.h. dass z.B. nach zwei übernommenen Mandatsperioden eine Periode lang kein festes Mandat übernommen werden darf. Dies verhilft übereifrigen Genoss*innen zu einer oft bitter nötigen Zwangspause und bietet für andere Mitglieder eine zusätzliche Motivation, sich an neuen Aufgaben zu versuchen.

Die Transparenz und Zugänglichkeit zu festen Mandaten und anderen Aufgaben kann zusätzlich dadurch erhöht werden, wenn als abschließender Teil der Mandatsaufgabe die Erstellung bzw. Aktualisierung einer schriftlichen Mandatsanleitung (kombinierbar mit einer für alle Mitglieder besuchbaren mündlichen Einarbeitung des*der neuen Mandatierten) steht.

2.3 Mitglieder halten

Oft möchten Menschen anarchistische Strukturen unterstützen, denen es an der Zeit fehlt, regelmäßig Treffen zu besuchen, die virtuelle Kommunikation mit zu verfolgen oder kontinuierliche Aufgaben zu übernehmen. Ebenso kann sich durch Job, Nachwuchs oder ander-

Dieser Umstand wiegt umso schwerer, als dass sich die inhaftierten Aktivist*innen auch keiner großen Unterstützung seitens internationaler NGOs und Menschenrechtsorganisationen gewiss sein dürfen, wie etwa im Fall der inhaftierten Präsidentschaftskandidaten. Die Verfolgung von Anarchist*innen findet, wenn natürlich auch in anderer Intensität, auch in „demokratischen" Staaten statt und ist somit auch in Diktaturen nicht kritikwürdiger als anderswo. Schließlich zieht auch in Weißrussland die Taktik, radikale Bewegungen als Kriminelle und Terroristen zu diskreditieren, also als Menschen, die keine hehren Ziele antreibt und die somit auch keine besondere Unterstützung verdienen.

Dennoch hat sich mit ABC Belarus eine handlungsfähige Organisation gebildet, die aller Repression zum Trotz die Gefangenen und deren Familien praktisch und materiell unterstützt und darüber hinaus versucht das Thema lokal und international präsent zu halten. Die zur Zeit laufende Infotour soll an diese Arbeit anknüpfen. Daneben ist die Tour auch explizit als „Fundraising-Tour" konzipiert, also mit dem Ziel, möglichst viel Geld für die Betreuung der Gefangenen, die anfallenden Repressionskosten und allgemein die anarchistische Bewegung vor Ort zu sammeln.

Weitere Infos

Weitere Hintergrundinformationen, sowie eine Vielzahl von Video- und Druckmaterialien findet ihr auch auf dem Blog des Belarus-Solikreises Berlin.
www.belarussolidarity.blogsport.de
belarussolidarity@riseup.net
Dieser unterstützt euch auch gerne bei Fragen zum Thema, oder wenn ihr eigene Soliaktionen planen wollt.

Bei Black-Mosquito.org gibt es außerdem Soli-Artikel zu kaufen.

Vom Anarchistischen Radio Berlin wird es voraussichtlich Anfang März einen Spezialbeitrag zum Thema Belaurs geben. Hört rein unter: www.aradio-blogsport.de

Demo in Solidarität mit den Durchsuchten in Frankfurt/Main

Ist die Presse frei?

*Solidarität mit den durchsuchten Journalist*innen*

★ *Von: Forum deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA-IFA)*

Am Mittwoch, den 6. Februar 2013, verschafften sich mehrere Einsatzhundertschaften in den frühen Morgenstunden Zugang zu den Wohnungen von 10 freien Journalist*innen und Fotograf*innen in Berlin, Brandenburg, Baden-Württenberg, NRW und Frankfurt. Darunter befand sich auch ein Mitglied des FdA.

Grund der koordinierten Durchsuchungen war die Sicherstellung von Beweismaterial. Alle Betroffenen waren im Rahmen ihrer journalistischen Tätigkeit auf der letztjährigen M31-Demonstration in Frankfurt am Main, während der es zu vielfachen Angriffen auf symbolische Einrichtungen von Staat und Kapital kam. Die Sicherheitskräfte hofften durch die Aktion, belastendes Bildmaterial sicherzustellen, um dadurch vermeintliche Straftäter*innen zu identifizieren. Konkret geht es um den Angriff auf einen Kontaktbeamten während der Demonstration.

Wir wollen hier keine Diskussion über Sinn und Unsinn körperlicher Angriffe gegenüber Menschen eröffnen. Dennoch muss festgehalten werden, dass der Zustand des betroffenen Polizisten von Anfang an stark überdramatisiert wurde. Dies geschah sowohl von der

Frankfurter Einsatzleitung, aber auch im Anschluss von einer erfreuten Medienlandschaft, die das beschworene Horrorszenario, der Beamte sei mit Pflastersteinen, Holzlatten und Chemikalien fast umgebracht worden, bereitwillig und kritiklos weiter verbreitete.

Zum anderen sind, unabhängig von de konkreten Vorwürfen, die Durchsuchungen ein unerhörter Angriff auf die Pressefreiheit. Privaträume von (Foto-)Journalist*innen, egal ob fest angestellt oder freiberuflich tätig, gelten als Redaktionsräume und sind somit besonders geschützt. Einzelne Aspekte, wie die Aussage der Pressesprecherin der Frankfurter Staatsanwaltschaft, Doris Möller-Scheu, die Durchsuchungen seien ein Missverständnis, da man „davon ausgegangen sei, dass es sich nicht um Pressefotografen handelt", wirken da wie blanker Hohn. Besonders, da einem Bericht des Tagesspiegels vom 7. Februar zufolge selbst das angebliche Missverständnis keines war, sondern die Wohnungen der Journalist*innen in vollem Bewusstsein über deren Tätigkeit und Status erfolgten.

Dies erscheint jedem mit minimalen Internetkenntnissen auch logisch. Es kostet keine fünf Minuten auf einer der vielen Internetsuchmaschinen, um auf die Websites einiger der Betroffenen zu gelangen, wo schnell klar wird, dass es sich um Pressefotograf*innen handelt. Einige arbeiten freiberuflich für renommierte, bürgerliche Medien wie die taz oder den erwähnten Tagesspiegel. Bilder der Fotograf*innen finden sich unter anderem in der Financial Times Deutschland oder auf den Seiten des amerikanischen Time-Magazins. Während gleichzeitig etwa Aktivist*innen in Dresden und Berlin monate- und jahrelang mit allen nur erdenklichen Ressourcen überwacht wurden und werden, war in diesem Fall eine fünfminütige Laienrecherche scheinbar zu viel Aufwand.

Doch es muss gar nicht das Grund- oder Strafgesetz bemüht, oder auf vermeintlich bürgerliche Grundrechte gepocht werden, denn der Vorfall ist weder kein „Missverständnis" oder gar ein Einzelfall, sondern reiht sich nahtlos ein in eine lange Geschichte von Überwachung und Repression gegenüber linksradikalen Bewegungen im Allgemeinen und deren Medien im Besonderen. Ob die Repressionsbehörden nun soziale Netzwerke nach Beziehungen unter Aktivist*innen durchforsten, bei Großprotesten flächendeckende Handyüberwachung einsetzen, in zahllosen Hausdurchsuchungen nach linksradikalen Publikationen suchen, oder wie jetzt geschehen, linke Fotograf*innen als Hilfspolizist*innen zu missbrauchen versuchen, der Hintergrund ist stets derselbe: Soziale Kämpfe und emanzipatorische Bewegungen sollen diskreditiert, eingeschüchtert und schlimmstenfalls zerschlagen werden. Und im Kampf um dieses hehre Ziel können auch mal elementare Grundrechte, deren Verteidigung sich die Sicherheitsbehörden ja stets auf die Fahnen schreiben, außer Kraft gesetzt werden, wenn andersweitig keine Erfolge zu erzielen sind.

Dass die Durchsuchungen nunmehr fast ein Jahr nach der besagten Demonstration stattfanden, zeigt auch die Hilflosigkeit einer Frankfurter Staatsanwaltschaft, die scheinbar unter erheblichem Erfolgsdruck steht. Musste der anfängliche Vorwurf des „versuchten Totschlags" gegenüber dem besagten Polizeibeamten schon kurz darauf abgemildert werden, da dieser nicht haltbar war, so zogen auch die darauf folgenden Ermittlungen keine gewünschten Ergebnisse nach sich. Doch auch in Hinblick auf die kommenden Proteste in der Mainmetropole, wie die Neuauflage der „Blockupy"-Aktionstage oder den angekündigten Naziaufmarsch am 1. Mai, können die Durchsuchungen als Warnschuss verstanden werden. Ähnlich wie zur Zeit in Dresden wird auch in Frankfurt ein Drohszenario einer hilflosen Stadt inszeniert, die permanent von Massen gewaltbereiter Chaot*innen heimgesucht wird.

Wie nun weiter?

Die bisherigen Diskussionen in den einschlägigen Internetportalen erscheinen uns weder zielführend noch solidarisch. Die Tatsache, dass einige der Betroffenen für „bürgerliche Medien" gearbeitet haben, ändert nichts daran, dass sie akut von staatlicher Repression betroffen sind und durch die Beschlagnahmung ihrer Existenzgrundlage, also ihrer technischen Ausrüstung, massiven Problemen gegenüberstehen. Wir finden die Dokumentation linksradikaler Kämpfe und öffentlicher Aktionen wichtig. Dabei geht es uns weniger um ein möglichst abwechslungsreiches Poesie-Album, als um eine notwendige Grundlage für eine eigene und unabhängige Medieninfrastruktur, zu der neben eigenen Zeitungen, Radios oder Internetprojekten eben auch Filmaufnahmen und Fotografien gehören müssen.

Dennoch können wir seit Jahren beobachten, dass es in zunehmendem Maß zu Privataufnahmen während Demonstrationen und anderen Aktionen kommt. Dank der massenhaften Verbreitung von Digital- und insbesondere Handykameras erleben wir Demonstrationen, die oft mehr an das Blitzlichtgewitter großer Promi-Events erinnern, als an Äußerungen von Protest. Bilder und Videos von Demonstrationen, die unverpixelt sind und schlimmstenfalls Menschen akut in Gefahr von staatlicher Verfolgung (Staatsschutz, Bullen, Geheimdienste, aber auch z.B. Nazis oder Arbeitgeber*innen) bringen können, finden sich daraufhin nicht nur auf den erwähnten Medien, sondern oftmals auch bei Internetportalen wie YouTube, Twitter oder Facebook wieder.

Wir finden diese Entwicklung höchst bedenklich und erhoffen uns im Kontext dieser bundesweiten Razzia eine intensive Debatte über die Dokumentation politischer Ereignisse und deren weitere Verarbeitung. Zwar sind alle Betroffenen der grundgesetzwidrigen Durchsuchungsaktion vom Beschlagnahmeverbot gegenüber Pressevertreter*innen geschützt, was bedeutet, dass selbst im Falle von verwertbaren Ergebnissen, diese für die laufenden Ermittlungen offiziell nicht genutzt werden dürfen. Die Betroffenen nutzen auch in den meisten uns bekannten Fällen die gängigen Methoden zur Verschlüsselung sensibler Daten, gerade weil sie „professionelle" Videofilmer*innen und Fotograf*innen sind. Sie sind überdies auch auf den Aktionen selbst geschützter als „einfache" Demonstrant*innen, wo schon in unzähligen Fällen die Speicher von mitgeführten Handys und Digitalkameras bei Kontrollen oder Verhaftungen beschlagnahmt und ausgewertet wurden.

den. Meistens bietet ein Vortrag zur eigenen anarchistischen Organisation nur einen ersten Anstoß für Personen, um sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen. Es ist daher sehr zu empfehlen, zu jedem Vortrag eine entsprechende Auswahl an Informationsmaterial dabei zu haben. Das können kostenlose Infoblätter und Zeitungen[2], preisgünstige Einführungsbroschüren[3] oder Bücher sein[4]. Sinnvoll ist auch, vor einer Vorstellung schon Termine für das nächste praktische Zusammentreffen der eigenen Organisation festzulegen. Die Wirkung von Vorträgen erhöht sich enorm, wenn die Zuhörer*innen direkt auf konkrete Anschlusspunkte verwiesen werden.

Ein vernachlässigter Punkt in der Vortragsorganisation vieler Gruppen ist immer wieder die Bewerbung. Es werden zwar Veranstaltungen organisiert, die Bewerbung geschieht dann jedoch halbherzig. Damit verpufft die Arbeit, die für die Veranstaltung betrieben wurde, unnötig. Es ist ratsam, den Vorlauf und Aufwand der Bewerbung nicht zu gering anzusetzen. Bei der Bewerbung kommt es vor allem darauf an, aus dem eigenen sozialen Umfeld heraus zu kommen und andere soziale Zusammenhänge zu erreichen. Die verschiedenen Gruppen-/Organisationsmitglieder können sich für ihr Wohnumfeld beispielsweise Listen mit Werbemöglichkeiten anlegen und diese kontinuierlich weiter ausspähen. Potentielle Werbemöglichkeiten können sich z.B. in Kneipen, Geschäften, Vereinstreffs, Betrieben, (Hoch-)Schulen, in Hausfluren, an (evtl. auch selbst installierten) schwarzen Brettern und in WGs ergeben. Am verlässlichsten geschieht die Verteilung, wenn jedes Mitglied seine Liste bei jeder Veranstaltung abgeht. Besonders effektiv ist die Verteilung an sympathisierende Multiplikatoren, d.h. Leute, die selber in viele WGs, Treffpunkte oder Gruppenzusammenhänge kommen und so Termine sehr weit streuen können.

Eine weiterer Punkt ist die Online-Werbung. Neben lokalen, linken Terminseiten, der eigenen Präsenz und deutschlandweiten Portalen wie Indymedia Linksunten, Demoplaner und der Kalender der Direkten Aktion[5] gewinnen hier mehr und mehr die sozialen Netzwerke und neuen Internetmedien wie Facebook und Twitter an Wichtigkeit[6].

1.2 Aktionen

Neben Vorstellungen und Vorträgen sind es natürlich auch Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen etc., die durch unmittelbares erleben oder Medienberichte mehr Menschen auf die eigene Organisation aufmerksam machen. Aktionen sind daher nicht nur für das unmittelbare Ziel, sondern auch für den langfristigen Bestand der eigenen Organisation wichtig. Dabei ist es egal, ob es sich um eine allein organisierte Aktion, ein Bündnisprojekt oder um eine kritische Intervention z.B. auf einer DGB-Demo handelt.

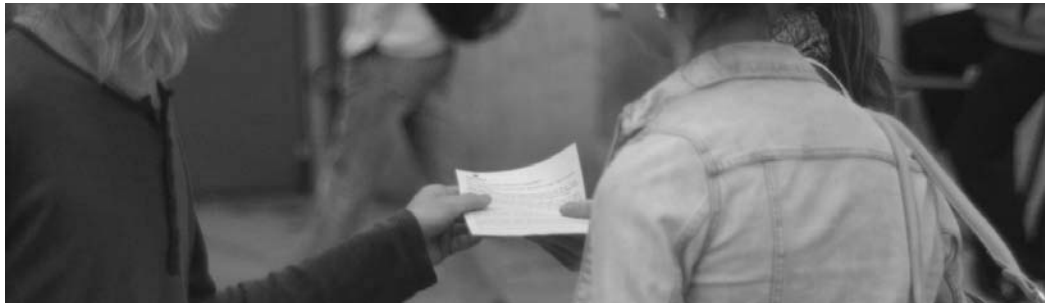
Die Wahrscheinlichkeit, durch Aktionen immer wieder spätere Neumitglieder kennen zu lernen, erhöht sich, wenn mensch auf Flugblättern, mit Transparenten etc. immer klar deutlich macht, zu welcher Organisation mensch gehört. Es ist auch hilfreich, immer etwas Infomaterial dabei zu haben oder wenigstens Visitenkarten/-zettel mit Kontaktdaten und Internetpräsenz. Es ist auch sinnvoll, darauf zu achten, immer nicht nur zur kritisieren, sondern auch möglichst konkret im Hier und Jetzt die angestrebten Alternativen deutlich zu machen.

Im Rahmen von Aktionen lassen sich auch relativ aufwandsarm Vor- (z.B. Anfertigung von Transparenten) und Nachbereitungstreffen organisieren. Diese geben eine praktische Möglichkeit, mit potentiellen Interessierten ins Gespräch zu kommen, sich zu vernetzen, inhaltliche Fragen zu diskutieren, soziale Hemmschwellen abzubauen. Ebenso bietet es sich auch immer an, im Zuge z.B. einer Demonstration einen eigenen Vorstellungsvortrag in der Woche danach vorzubereiten und diesen z.B. gleich auf dem eigenen Demonstrationsflugblatt zu bewerben.

Generell gilt, dass Aktionen gerade für kleine Gruppen immer einen enormen Kraftaufwand bedeuten und schnell die Gefahr besteht, sich zu überlasten und aufzureiben. Je mehr aktive (!) Menschen Teil einer lokalen Organisation sind, desto größer deren Handlungsoptionen und die Freiräume für einzelne Mitglieder, sich auch mal zurück zu nehmen. Daher sollte die Gewinnung potentieller Neumitglieder immer ein wichtiger Punkt in der Planung und Durchführung von Aktionen sein.

1.3 Hemmschwellen

Wie oben schon angedeutet bedeuten fremde, vor allem subkulturelle Lokalitäten, gefestigte soziale Strukturen - oberflächlich betrachtet: gleichförmiges Auftreten und eine politisch-begründet andere soziale Grammatik - immer eine potentielle Hemmschwelle für Interessierte. Da sich gewisse Umstände einfach aus einem geänderten politischen Verständnis und Wissen (z.B. in Sachen Sprache) oder einer längeren Freundschaft unter Organisationsmitgliedern ergeben, lässt sich diese Hemmschwelle nie völlig abbauen. Gleichzeitig gibt es gute Gründe, sich auch in Sachen Kleidung und Auftreten dem gesellschaftlichen Mainstream zu verwehren. Es sollte jedoch wenigstens eine bewusste Entscheidung sein, z.B. auf Demonstrationen oder den Organisationsveranstaltungen subkulturell aufzutreten oder nicht. So kann es auch eine Möglichkeit sein, die eigenen Kleidungsvorlieben während der Agitation zurück zu stellen um anderen Menschen einen offeneren Zugang zu den eigenen Inhalten zu ermöglichen. Dies sollte natürlich dann bei längerer Bekanntschaft auch entsprechend reflektiert werden.



Dennoch wollen wir die Durchsuchungen nicht einfach abtun, denn de facto ist die Pressefreiheit und der besonders geschützte Status von Journalist*innen bisher immer eine Grenze gewesen, die Repressionsbehörden ungern und glücklicherweise weit seltener übertreten, als sie es bei so vielen anderen Grundrechten tun. Dass in fünf Bundesländern Journalist*innen durchsucht und ungewollt zu Hilfspolizist*innen gemacht werden, darf nicht unbeantwortet bleiben.
Es ist wichtig, diese Vorfälle weiterhin in die Öffentlichkeit zu tragen und vor allem zu verhindern, dass sie als vermeintliche „Missverständnisse", „Kommunikationsfehler" oder „Fehltritte einzelner Beamt*innen" mit der Zeit aus dem Fokus der Öffentlichkeit verschwinden. Und es ist wichtig, den Betroffenen gegenüber Solidarität zu zeigen, nicht nur ihretwegen, sondern stellvertretend für alle linken Journalist*innen, die immer befürchten müssen, wegen ihrer Arbeit in den Fokus übereifriger Strafverfolgungsbehörden zu gelangen.

*Forum deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA-IFA)*
17. Februar 2013

Mehr Infos und einen Überblick über die Soli-Aktionen gibt es unter: www.antirep.march31.net

Endlich aus der Nische raus

Wie können wir anarchistische Zusammenhänge vergrößern?

★ *Von: w.m.*

Die meisten anarchistischen Gruppen und Organisationen leiden unter einer permanenten Mitgliederstagnation und kommen vor Ort selten über die Bezugsgruppengröße hinaus. In diesem Artikel soll auf häufig begangene Fehler in der Mitgliederwerbung hingewiesen und praktische Erfahrungen vermittelt werden.

Viele Gruppen arbeiten mit dem Anspruch, so viele Aktionen und so viel Medienarbeit zu machen, wie die personelle Stärke eben zu lässt. Wird dies zum einzigen Arbeitsschwerpunkt ohne die personelle Reproduktion, Bildung und Verbreiterung aktiv anzugehen, führt das meist zu Gruppen, die eben so schnell wieder von der Bildfläche verschwinden, wie sie gekommen waren und in denen permanente Überlastung und Frustration vorherrscht. Eine gesellschaftliche Perspektive entfaltet sich aus ihnen nur bedingt. Es stellt sich also die Frage nach der aktiven Mitgliederwerbung und wie Neumitglieder in die schon gefestigten Personenkreise am besten eingebunden werden können ohne sich als Aktivist*innen zweiter Klasse zu fühlen oder sich durch die informellen Hierarchien kämpfen zu müssen.

1. Mitgliederwerbung

Es gehört zur sich einschleichenden Betriebsblindheit, dass aktive Mitglieder einer Gruppierung nur sehr schwer ihre äußere Bekanntheit einschätzen können. Schnell unterliegt mensch dem Trugschluss, in der Stadt ja sehr bekannt und im Internet auch für alle potentiell Interessierten leicht auffindbar zu sein. Nichts ersetzt jedoch die konkrete Ansprechbarkeit im realen Leben. Darüber hinaus ist die Trägheit des Individuums, wenn es darum geht, sich aus seinem gewohnten sozio-kulturellen Umfeld heraus zu bewegen, nicht zu unterschätzen.

1.1 Vorträge organisieren

Wichtig ist daher immer wieder, grundsätzliche Vorstellungsveranstaltungen der eigenen Organisation und/oder des eigenen politischen Konzeptes anzubieten. Dafür können eine oder mehrere Präsentationen erstellt werden, zu denen mehrere Mitglieder bei Bedarf referieren können. Das hat gleich mehrere Vorteile: Zum einen sind die Vorträge damit flexibel und spontan haltbar (z.B. bei einer Besetzung, einem Sommercamp, während eines Themenwochenendes in einem örtlichen Treffpunkt etc.), zum anderen sorgt dies für Übung und Selbstsicherheit verschiedener Gruppenmitglieder, es verhindert außerdem die Überlastung und die zu starke Präsenz einzelner Genoss*innen.

Diese Vorstellungen können kaum zu oft gehalten werden, in einer mittleren Großstadt ist z.B. ein Takt von zwei Monaten nicht übertrieben. Wichtig dabei ist, nicht in den eigenen Szene-Treffs zu bleiben. Jeder Raum, in dem mensch seine Veranstaltung halten kann, sollte abwechselnd auch genutzt werden, da jede Lokalität auch ihr eigenes Stammklientel mitbringt. Deswegen nicht nur den örtlichen Infoladen oder das AZ anfragen sondern eben so nach Stadtteilzentren, Eine-Welt-Läden, Kneipen, Vereinshäusern, Wohnprojekten, (Hoch-)Schulen, Jugendclubs etc. Ausschau halten. Gerade völlig neutrale, öffentliche Räume senken die Hemmschwelle für viele Neugierige enorm.[1] Gleichzeitig sollte gerade bei völlig neutralen Orten beachtet werden, dass die Nachfragen z.T. deutlich grundsätzlicher und argwöhnischer gestellt werden. Der/Die Redner*in sollte sich daher darauf einstellen und neben dem eigentlich Vortrag auch auf eine Reihe von Standard-Fragen und Argumentationen eingestellt sein.

Sollten irgendwann tatsächlich die eigenen Raummöglichkeiten in der Ortschaft ausgehen, kann es auch für die eigene örtliche Organisation durchaus sinnvoll sein, im Umland Veranstaltungen zu organisieren. Um so dichter befreundete Gruppen bei einander liegen desto mehr Kraft kann bei großen Aktionen entfaltet werden.

Nicht alles kann während eines Vortrags erklärt und erläutert wer-

Zwischen Stacheldraht und Militär

Was geht eigentlich auf Zypern?

★ *Von: Die Schwarzen Katzen*

Zypern – ein im östlichsten Eck des Mittelmeers liegendes Urlaubsparadies, Rückzugsort für deutsche und britische Rentner, unendliche Sandstrände und mittendrin Stacheldraht, Soldaten und Checkpoints.

Zypern wurde im Laufe seiner Geschichte immer wieder von verschiedenen Grossmächten kontrolliert. Erst im August 1960 erlangt es seine Unabhängigkeit. In der Folge kommt es zu Unruhen und pogromartigen Ausschreitungen zwischen griechischen Zypriot*innen, welche den Anschluss der Insel an Griechenland fordern und türkischen Zypriot*innen, welche den Anschluss an die Türkei fordern. Diesen Konflikt gab es schon vor der Unabhängigkeit, aber nun kommt er zum vollen Ausbruch.

Antimilitaristische Demo auf Zypern

Nach diversen Schlichtungsversuchen, die zur Schaffung einer Verfassung für ganz Zypern führen, putscht im Jahr 1974 das griechische Militär gegen die Regierung, woraufhin türkische Truppen 37% der Insel besetzen und 1985 erklärt sich der türkische Nordteil zur unabhängigen Türkischen Republik von Nordzypern, welche aber nur durch die Türkei anerkannt wird.

So kommt es, dass die Insel bis heute durch die sogenannte „Green Line" geteilt wird, welche von UN-Soldaten bewacht wird und bis 2008 nicht überquert werden konnte. Erst dann wurde durch Verhandlung eine Öffnung der Grenze erreicht.

In dieser Situation finden sich die Jugendlichen beider Seiten heute wieder. In den Schulen wird die Schuld am Konflikt und der Teilung der jeweils anderen Seite zugeschoben und weiterhin nationalistische Lösungen propagiert. Viele haben ihren Teil der Insel noch nie verlassen und leben in einem massiv militarisierten Umfeld, da auf beiden Seiten Soldaten stationiert sind. Vor allem in der geteilten Hauptstadt Nicosia sind Polizei und Militär extrem präsent. Beiderseits müssen junge Männer für jeweils ein Jahr zur Armee und auch Dienst an der „Green Line" leisten. Bewaffnung gegen den „Feind" ist ein Normalzustand, so dürfen zumindest auf der griechischen Seite Wehrdienstleistende ihre Waffen auch nach Beendigung des Dienstes behalten.

Nichts desto Trotz verbirgt sich zwischen Stacheldraht und Repression der Widerstand. Dieser erlebte im November 2011 einen Höhepunkt, als Aktivist*innen aus beiden Teilen der Insel, inspiriert von der Occupy-Bewegung, gemeinsam die „Pufferzone" in der Hauptstadt Nicosia besetzten. Zelte wurden aufgeschlagen, eine Küche eingerichtet und Versammlungen abgehalten. Nach einigen Wochen wurde eines der leerstehenden Gebäude besetzt und ein kulturelles Zentrum mit Infoladen und vielfältigen kreativen Workshops entstand. Teilweise tummelten sich hunderte Menschen auf dem besetzten Streifen und brachten ihren Protest gegen Militär, Nationalismus und die Grenze auf verschiedenste Arten zum Ausdruck. Begleitet wurde das Protestcamp von regelmäßigen Demonstrationen und Strassenparaden.

Neben der starken symbolischen und politischen Aussagekraft der Besetzung, gewann diese für die Beteiligten eine noch viel tiefere Be-

deutung. Es wurde ein politischer Experimentierraum geschaffen, in dem Utopien greifbar und Ideen lebendig wurden. Enge Kontakte und Freundschaften entstanden zwischen griechischen und türkischen Zypriot*innen. Das „Niemandsland“ hatte sich in eine lebendige Insel verwandelt, ein sprießender Keim einer neuen Welt zwischen Stacheldraht und Grenzpfosten, überwacht von Polizei und Militär.

Straßenparade während der Besetzung der „Pufferzone“

Nach etwa 6 Monaten wurden die Besetzer*innen von einer griechischen Anti-Terror Einheit (vergleichbar mit dem GSG 9) überrascht, die diese mit Schusswaffen bedrohten und gewalttätig räumten. Etwa 30 Personen wurden festgenommen und wegen Hausfriedensbruch angezeigt. Ob dies rechtlich korrekt abflief bleibt unklar, da normalerweise eine Genehmigung der UN eingeholt werden müsste, um gegen Personen in der „Pufferzone“ vorzugehen.

Fast ein Jahr ist vergangen und immer noch prägen rebellierende Menschen das Stadtbild von Nicosia. Zu hunderten verteidigten sie den Faneromenis Platz, der als Treffpunkt und Aktionsraum noch übrig geblieben ist, gegen eine behelmte und bewaffnete Nazidemonstraion. Regelmässig finden Demonstrationen gegen die Grenze und Militär statt, an denen 200-300 Menschen beider Seiten der Insel teilnehmen.

Die politische Situation in Zypern besitzt auch weit über ihre Grenzen hinaus Relevanz. Denn hier kristallisiert sich auf engstem Raum und greifbar nah ein globales Problem und wird dadurch besonders sichtbar: Nationalismus, Abschottung durch Grenzen und Militär, Fremdenhass und Bewaffnung.

Weitere Infos

Älterer Artikel zur Besetzung der Pufferzone:
www.de.indymedia.org/2012/01/323574.shtml

Blog auf griechisch, Kollektiv vom Faneromenis Square:
www.skapoula.espivblogs.net

Forum für Anarch@s auf Zypern, grösstenteils auf griechisch:
www.islandanarchy.com

Neue landesweite Vernetzung in Venezuela gegründet: Red Anarquista

★ *Von: jt (afb)*

Am ersten Februarwochenende (2./3.2.2013) kamen in der venezolanischen Hauptstadt Caracas mehr als 50 Menschen aus mehr als 10 Städten und Orten zusammen, um eine neue strömungsübergreifende anarchistische Vernetzung ins Leben zu rufen. Darüber soll es in dem folgenden Artikel gehen.

Das Treffen, in dieser Art einmalig in der neueren venezolanischen Geschichte, kam auf Initiative von einigen Personen aus Caracas zustande, die sich recht schnell die Unterstützung von Menschen und Gruppen aus der Stadt selbst und aus anderen Landesteilen sichern konnten. Auf dem Treffen selbst waren dann schließlich rund ein Dutzend Organisationen vertreten.

Ziel des Treffens war es, eine Grundlage für eine antiautoritäre Solidarität zu schaffen sowie die Autonomie der sozialen Bewegungen zu stärken, die sich im Konflikt mit den Machthabenden befinden. Ein ganz konkretes Ergebnis war dann auch die Gründung eines Anarchis-

steht. Wir suchen nach Mitstreiter*innen, die inhaltlich mitarbeiten wollen, Anregungen oder Literaturvorschläge, Ideen zur Verteilung und Finanzierung haben oder ähnliches.

Die Broschüre soll Erfahrungen aus Kämpfen in der Ausbildung an spätere Jahrgänge weitergeben, an offene Fragen von jungen Auszubildenden anknüpfen und eine gesellschaftskritische Perspektive einbringen, sowie eine Organisierung an der Basis voran treiben. Zudem soll das Feld nicht alleine den bürgerlichen Gewerkschaften überlassen werden, die sich ja doch nur im Rahmen des Gesetzes bewegen können und keine gesellschaftsverändernde Perspektive haben.

Wer selbst gerade eine Ausbildung im Bau absolviert, kürzlich seinen Abschluss gemacht hat, Leute kennt, die kürzlich eine Bauausbildung gemacht haben, Erfahrungen weiter geben möchte oder einfach so Interesse hat, kann sich unter: handwerk@riseup.net melden.

In den nächsten Wochen soll dann via online-pads, einem wiki oder einer Emailliste an der Ausrichtung und den Inhalten der Broschüre gearbeitet werden. Auch eine Webpräsenz ist vorstellbar. Schön wäre es, im Frühjahr / Sommer fertig zu sein, um die Broschüre dann zu drucken und zu verteilen, damit der kommende Jahrgang im Bau schon was davon hat. Alle paar Wochen wird dann ein Artikel bei linksunten.indymedia.org erscheinen und den Stand bekannt geben, bzw. nach gezielter Unterstützung fragen.

Themen (ungeordnet) der Broschüre könnten sein:

- *Der Ausbildungsvertrag*
- *2 oder 3 Jahre Ausbildung*
- *Praxis des Bau-/Ausbildungsalltags*
- *Statistiken über Ausbildung*
- *Fördermöglichkeiten, Ausbildungsvergütung*
- *Im Betrieb, in der Schule, im Ausbildungszentrum*
- *Sexismus in der Bauausbildung*
- *Relevante Gesetze*
- *Überstunden*
- *Urlaub, Krankheitsregelungen, Fehlzeiten*
- *Umgang mit dem*der Chef*in*
- *Gewerkschaftliche Organisierung*
- *Organisierung an der Basis, unter Auszubildenden (jahrgangs- / gewerksübergreifend)*
- *Die Frage der Solidarität*
- *Kinder kriegen in der Ausbildung*
- *Vegan/vegetarisch in der Ausbildung?*
- *Berufsehre?*
- *Direct action*
- *Was kommt nach der Ausbildung?*
- *Wanderschaft, Schächte*
- *Kollektivbetriebe*
- *Handwerk im Kapitalismus, im 21. Jahrhundert*
- *Lohnarbeit*
- *Anekdoten aus der Ausbildung*

blutige Spur reicht vom bis heute unaufgeklärten Oktoberfestattentat, über die rassistischen Anschläge und Pogrome in Rostock, Mölln, Solingen und Hoyerswerda, über die seit 1989 rund 200 Morde an Migrant*innen, Obdachlosen, Punks und Antifaschist*innen bis hin zu den Morden des NSU.

München war dabei schon viele Male Schauplatz neonazistischen Terrors: Bei dem bisher größten faschistischen Anschlag in der BRD wurden 1980 durch einen Täter aus dem Umfeld der Wehrsportgruppe Hoffmann auf dem Münchner Oktoberfest 13 Menschen getötet und weitere 200 zum teil schwer verletzt. 1981 lieferten sich Neonazis auf dem Weg zu einem Bankraub mit Polizeibeamten in München eine Schießerei, bei der zwei Neonazis starben. 1985 setzten Neonazis der Gruppe Ludwig ein Lokal in der Schillerstrasse in Brand, wodurch eine Person getötet wurde. 2003 beschafften Neonazis aus der Kameradschaft Süd sich Waffen und Sprengstoff und planten u.a. einen Anschlag auf die Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums.

Seit Bekanntwerden der Mordserie des NSU offenbart sich eine erschreckende Politik der Verschleierung: Geschredderte und verheimlichte Akten, konsequentes Vertuschen und Lügen in Untersuchungsausschüssen, wenige, viel zu späte Rücktritte von Verantwortlichen. Eine transparente, schonungslose Aufklärung der Rolle von Geheimdiensten und Polizeibehörden findet bisher nicht statt. Statt ernsthafte politische Konsequenzen zu ziehen gegen Rassismus und die skandalöse Unterstützung des Aufbaus von Nazistrukturen durch Mitarbeiter*innen des (bayerischen) Verfassungsschutzes, reden die verantwortlichen Politiker*innen weiter von vereinzelten Pannen.

Rechte Gesinnung hat beim Verfassungsschutz (VS) Kontinuität: Gegründet im Jahre 1950 mit ehemaligen Nazis sorgte er dafür, dass Widerständler*innen gegen den Nationalsozialismus erneut in deutsche Gefängnisse kamen. In den 60er Jahren bekämpfte er die Student*innenbewegung, in den 70er und 80er Jahren lieferte er das Material für die Berufsverbote linker Aktivist*innen. Vor neun Jahren scheiterten die Pläne für ein NPD Verbot nicht zuletzt daran, dass diese bis in die höchsten Führungsetagen von V-Leuten und Spitzeln des Verfassungsschutzes durchsetzt war. Auch das ummittelbare Umfeld des NSU ist durchsetzt mit V-Leuten aus Verfassungschutz und Polizei.

Deshalb kann die einzige Konsequenz aus der Verstrickung der Behörden nur sein: Verfassungsschutz abschaffen! Wir müssen verhindern, dass die Regierung die NSU-Morde instrumentalisiert, um ihren Sicherheitsapparat weiter aufzurüsten, und damit endgültig eine der wenigen Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus – die Trennung von Geheimdiensten und Polizei – rückgängig macht.

Unsere Anteilnahme und Solidarität gilt den Opfern des NSU-Terrors und ihren Angehörigen. Sie wurden nicht nur Opfer des militanten Rassismus der NSU-Täter*innen, sondern auch in der Folge noch durch die rassistischen Ermittlungen der Polizei drangsaliert.

Bekämpfen wir gemeinsam Rassismus in Gesellschaft, Politik und Institutionen!
Entschädigung für die rassistischen und diffamierenden polizeilichen Ermittlungen!
Schonungslose Aufklärung der Verstrickung von Geheimdiensten und Polizeibehörden!
Verfassungsschutz abschaffen!
Neue Ermittlungen zur Aufklärung des Attentats von 1980 in München!
Abschaffung aller rassistischen Gesetze – kein Mensch ist illegal!
Für eine rassismusfreie, solidarische Gesellschaft

Antifa- Demonstration zum Auftakt des NSU-Prozesses
13.04.2013 – 13 Uhr – Stachus, München

Mehr Infos: www.nsuprozess.blogsport.de

Spendenkonto

Martin Löwenberg
Kt.Nr.: 472 233 701
BLZ: 600 100 70
Postbank Stuttgart
Stichwort: NSU-Prozess (bitte angeben)

Handwerk im Kapitalismus

Linke Broschüre zu Ausbildung im Bau geplant - Wer hat Bock?

★ *Von: Die Handwerker*innen*

Wir haben Lust, eine Broschüre zum Thema „Ausbildung im Bau aus einer linksradikalen Perspektive“ zu erstellen und suchen dafür Mitstreiter*innen. Die Broschüre soll gesellschaftskritische Themen (Handwerk im Kapitalismus, Lohnarbeit, Sexismus...) behandeln, aber vor allem einen Ratgeber für junge Auszubildende im Bau darstellen, der ihnen parteiisch bei Konflikten und Problemen zur Seite

tischen Netzwerks (Red Anarquista), dass sich folgenden Assoziativen Pakt gegeben hat, mit dem sie sich auch klar sowohl vom Chavismus als auch von jeglicher (rechter) Opposition distanzieren.

1. Die Ablehnung und den Widerstand gegen die bolivarianische Regierung und ihren Großen Patriotischen Pol („Gran Polo Patriótico“) sowie gegen die Parteienopposition der Mesa de la Unidad Democrática (MUD), durch den Aufbau und die Konsolidierung einer libertären und sozialen Alternative, die in keiner Weise darauf hin arbeitet, die Macht zu übernehmen oder anderweitig zu monopolisieren.
2. Die Betonung der Autonomie der sozialen Bewegungen als Mechanismus, um den Auswirkungen von Staat und Markt entgegenzusteuern.
3. Die Ablehnung des Parlamentarismus und aller staatlichen und privatwirtschaftlichen Subventionen, um unsere Ziele zu erreichen.
4. Die Verteidigung der Selbstbestimmung der organisierten Gemeinschaften durch die Selbstverwaltung, die Gegenmacht, den Kooperativismus, die Gendergleichheit, die Selbstverteidigung, die direkte Aktion, die radikale Ökologie und die Achtung vor allen Formen des Lebens.
5. Die konstante Anwendung eines spielerischen Prinzips, der gegenseitigen Hilfe, der direkten Aktion, der Forschung, des autodidaktischen Prinzips und der Afinität, um unsere Ideen bekannt zu machen.

Auf dem zweitägigen Treffen wurde ein Mapping der existierenden libertär-antiautoritären Szene vorgenommen, eine Analyse der aktuellen Situation und der sozialen Konflikte im Land durchgeführt und Workshops zur Einführung in den Anarchismus allgemein und die spezielle venezolanische Geschichte der Bewegung angeboten. Darüber hinaus gab es vier Arbeitsgruppen zu den Themen „Radikale Ökologie und Tierbefreiung“, „Besetzungen und Anti-Knast-Kampf“, „Libertäre Pädagogik“ und „Beziehungen der Anarchist*innen zu anderen sozialen Bewegungen“.

Schließlich weisen die Organisator*innen darauf hin, dass das gesamte Treffen selbst organisiert und ohne jegliche Unterstützung von Institutionen zustande gekommen ist, und sie bedanken sich bei CNT und CGT aus Spanien für die Zusendung von Materialien.

Web: www.redanarquistavenezuela.blogspot.com

Quellen: www.periodicoellibertario.blogspot.com/2013/02/realizado-el-encuentro-anarquista.html, sowie eigene Nachfragen

Black Bloc in Ägypten

„We are Black Bloc – We are here to fight the Muslims Brotherhood“

★ *Erschienen auf: anarchismus.at*

In Ägypten kommt es seit dem 25. Jänner zu einer neuen Welle an Demonstrationen, Protesten und Aufständen, bei denen bislang dutzende Menschen getötet wurden – mehrfach schoss die Polizei in die Menge, so etwa in Port Said. Bei diesen Protesten tauchte auch ein für den arabischen Raum neues Phänomen auf: Aktivist*innen traten als Black Bloc in Erscheinung, attackierten schwarz vermummt die Polizei und Einrichtungen der regierenden Muslimbruderschaft. Die größtenteils jungen und männlichen Aktivisten beziehen sich dabei auf Protestformen, die bislang hauptsächlich aus „dem Westen“ bekannt waren und nutzen soziale Medien wie Facebook und Twitter für die Koordinierung ihrer Aktionen. Auf Youtube finden sich neben Statements und Videos von Gruppen wie „Black Bloc Cairo“ auch arabisch untertitelte Videos über Black-Bloc-Taktiken aus Europa oder den USA, die so quasi als „Schulungsmaterial“ dienen. Auch erste Musikstücke mit Bezug auf den Black Bloc kursieren im Netz.

„We are Black Bloc – We are here to fight the Muslims Brotherhood“

Der Black Bloc versteht sich als ein militanter Flügel der ägyptischen Protestbewegungen. Das teilweise martialische Auftreten wird in Videobotschaften u.a. mit der Bereitschaft begründet, Versammlungen der Opposition vor Angriffen durch die Polizei oder von Schlägertrupps zu schützen. So wird die Polizei etwa offen davor gewarnt, die Proteste am Tahrir-Platz in Kairo oder anderswo anzugreifen. Gegründet worden sei die lose organisierte Gruppe in Reaktion auf Zusammenstöße im Dezember 2012, als eine Sitzblockade beim Präsidentenpalast von Schlägern attackiert wurde – bei den folgenden Straßenschlachten kamen mehrere Personen ums Leben.

Bei Anarchist*innen in Europa herrscht einigermaßen Verwirrung, wie dieses neue Phänomen und seine Bezüge auf anarchistische Aktionsformen einzuschätzen ist. Tatsächlich sind die Bilder und Berichte irritierend: da betet ein Black Bloc vor Beginn der Demonstration oder marschiert in Videos in militärischem Marschschritt oder verwendet neben schwarzen Fahnen ägyptische Staatssymbole. Dabei scheint es allerdings kein Zufall zu sein, dass ausgerechnet Black Bloc-Taktiken als Vorbild dienen – der Zusammenhang mit Protestbewegungen in Europa und den USA und Krawallen im „Westen“ wird in den Videos immer wieder in Form einer weltweiten Revolte gegen die Tyrannen bemüht.

Die wesentliche inhaltliche Klammer des ägyptischen Black Bloc ist

jedoch sein Auftreten als antiislamistische Gruppierung. Dies läßt Raum für verschiedenste politische Ausrichtungen seiner Aktivist*innen. So finden sich in seinen Reihen nach eigenen Angaben Liberale, Sozialist*innen, Anarchist*innen, Ultras bis hin zu gemäßigt-religiösen Ägypter*innen. Inhaltlich wird dabei etwa der Kampf gegen die korrupte und tyrannische Regierung, die Neugestaltung des Justiz- und Polizeiwesens oder die Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit betont.

Zwar tauchten bereits bei Auseinandersetzungen in den vergangenen Monaten gelegentlich schwarz-rote Fahnen libertär-sozialistischer Gruppen in Ägypten auf. Und im Mai 2011 bildete sich in Kairo eine libertär-sozialistische Organisation, die sich explizit auf anarchistische Vorstellungen wie eine klassenlose Gesellschaft, die Abschaffung des Staates und die Zerstörung des Kapitalismus beruft. Im Falle des Black Bloc sind anarchistisch organisierte Aktivist*innen jedoch eine Gruppe unter vielen.

Historisch kann Ägypten auf eine lange Tradition anarchistischer Gruppen zurückblicken. Eng verknüpft sind die Anfänge des ägyptischen Anarchismus mit politischen Flüchtlingen aus Italien und Griechenland, die sich im 19. Jhdt. in dem Land niederließen. So entstand etwa 1901 in Alexandria eine von Élisée Reclus inspirierte und hauptsächlich von italienischen Anarchist*innen organisierte Freie Universität. Und bereits ab den 1890er-Jahren lassen sich anarchistisch agitierte Streikbewegungen und entsprechende staatliche Represssion gegen anarchistische Gruppen nachweisen. In die Bedeutungslosigkeit marginalisiert wurde der Anarchismus in Ägypten schließlich ab den 1950er-Jahren, als der Pan-Arabismus zur dominanten politischen Strömung aufstieg.

„We seek to free humans, undermine corruption and topple tyrants“

In ägyptischen Medien sorgt der Black Bloc für Furore – zahlreiche Berichte beschäftigen sich mit dessen plötzlichem Auftauchen. Neben Verschwörungstheorien wie jener, der Mossad habe den Black Bloc ausgebildet und finanziert oder koptische Christ*innen stünden hinter der neuen Gruppierung gibt es auch zahlreiche Kommentare, dass es den Aktivist*innen nur um die Verbreitung von Terror und Chaos gehe.

„These movements reject the existence of a political, judicial or parliamentary system at all. They call for societies without the state. In order to achieve this, they adopt all forms of violent and barbaric acts, such as killing and burning. (…) These anarchic sabotage groups are not revolutionary groups. Rather, they use the revolution as a cover to cause chaos.“ (Misr 25, ein der Muslimbruderschaft nahestehender TV-Sender)

Staatliche Reaktionen bleiben nicht aus: einerseits wird versucht, über das Sperren von Facebook-Accounts etc. die Kommunikation der verschiedenen Black Bloc-Gruppen zu unterbinden. Andererseits ordnete der Generalstaatsanwalt die sofortige Festnahme aller „Mitglieder“ des Black Bloc an, da es sich bei ihm um eine terroristische Gruppierung handle. Die Bevölkerung wurde aufgerufen, „Mitglieder“ an Polizei oder Militär (das neuerdings wieder Festnahmen vornehmen darf) zu denunzieren. Bislang erfolgten landesweit Verhaftungen von mindestens 170 Aktivist*innen im Zusammenhang mit dem Vorwurf, zum Black Bloc zu gehören.

Und auch die attackierten Islamist*innen reagieren: Jama'a al-Islamiya etwa drohte in Richtung des Black Bloc: *„God orders us to kill, crucify or cut off the hands and feet of those who spread mischief on earth. The president must give that order.“* Der Islamische Jihad wiederum rief dazu auf, den Black Bloc zu liquidieren. Und Islamist*innen initiierten als Gegenbewegung bereits einen „White Block“.

Kairo, Tahrir-Platz: Street Harassment und sexuelle Gewalt

Neben dem Black Bloc wird derzeit noch ein weiteres Thema der ägyptischen Revolution international diskutiert – Übergriffe und Street Harassment während Demonstrationen und Protestversammlungen oder in deren Umfeld. Zahlreiche Frauen mussten massive sexuelle Gewalt bis hin zu Massenvergewaltigungen erleben.

Aktivist*innen berichten von großen Männergruppen, die Frauen brutal attackieren. Dabei werden die organisierten Vergewaltigungen im Zentrum von Kairo immer häufer. Alleine am 25. Jänner 2013, dem ersten Tag der neuen Massenproteste, wurden 25 Betroffene gezählt – von

Gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus – Verfassungsschutz abschaffen!

Antifa-Demo zum Auftakt des NSU-Prozesses in München

★ *Von: nsuprozess.blogsport.de*

Am 17. April 2013 wird in München der Prozess gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe sowie vier der Unterstützer beginnen: Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, Carsten Schultz und André Eminger.

Ein breites antifaschistisches Bündnis ruft deshalb zu einer bundesweiten Großdemonstration in München am Samstag vor Prozessbeginn auf.

Im November 2011 wurde bekannt, dass die rassistischen und mörderischen Taten der Nazis des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) sieben Jahre lang unter den Augen der Sicherheitsbehörden begangen wurden. Sie haben zehn Menschen ermordet und zwei Sprengstoffanschläge verübt. In den Medien wurde der Begriff „Döner-Morde“ geprägt und die Sonderkommission gab sich den Namen „Bosporus“. Damit schloss die Polizei von Anfang an rassistische Hintergründe der Morde aus, behandelte die Opfer wie Täter und ermittelte in Richtung organisierter „Ausländer-Kriminalität“.

Durch die rassistischen Ermittlungen der Sicherheitsbehörden wurden Familien, Verwandte und persönliches Umfeld der Opfer über Jahre überwacht und akribisch durchleuchtet. Durch den völlig unbegründeten Verdacht gegen das familiäre Umfeld der Opfer wurden soziale Zusammenhänge zerrissen und die persönliche Existenz zahlreicher Menschen zerstört. Der Rassismus von Behörden und Öffentlichkeit vehinderte so zweifach die Aufklärung der Morde: Während die Hinweise auf rassistische Hintergründe ausgeklammert und vernachlässigt wurden, erschien die These, migrantische Gewerbetreibende seien in mafiöse Strukturen verwickelt, der Polizei und einer breiten Öffentlichkeit unmittelbar einleuchtend und erübrigte weiteres Nachfragen.

Fünf der insgesamt zehn NSU-Morde fanden in Bayern statt, zwei davon in München. Zwischen dem „Thüringer Heimatschutz“, in dem die Haupttäter des NSU vor ihrem Abtauchen organisiert waren, und der bayerischen Naziszene bestanden in den 90er Jahren enge Verbindungen. Böhnhardt und Mundlos nahmen an verschiedenen Treffen und Veranstaltungen der Szene in Bayern teil. Einige der engsten Unterstützer*innen des NSU lebten oder leben immer noch in Bayern, u.a. Mandy Struck, deren Identität Beate Zschäpe im Untergrund angenommen hatte. Mit Tino Brandt und Kai Dalek stehen zwei V-Leute des Verfassungsschutzes auch für die Verbindung zwischen der thüringischen und der bayerischen Naziszene.

„Deutschland hat ein riesiges Rassismus-Problem“, sagte Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Anfang November.

Der strukturelle Zusammenhang von Naziterror mit staatlichem und alltäglichem Rassismus in Gesellschaft, Politik und Medien zeigte sich bei der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl nach den Pogromen Anfang der 90er Jahre wie auch jetzt bei aktuellen Anti-Islam-Kampagnen: Der Rassismus ist tief verankert in der Mitte der Gesellschaft. Dass sich auch nach dieser Mordserie nichts Grundsätzliches im Bewusstsein der Menschen verändert hat, verdeutlichen folgende Beispiele: Zwanzig Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen kämpfen Flüchtlinge immer noch für elementare Menschenrechte in Deutschland, werden Roma stigmatisiert und in eine unsichere Zukunft abgeschoben. Hier lebende Migrant*innen werden täglich diffamiert, bedroht, angegriffen und kriminalisiert.

Die Verharmlosung und Vertuschung von Rassismus und Naziterror hat Tradition in diesem Land. Rechte und rassistische Gewalttaten und Morde haben in Deutschland eine traurige Kontinuität. Die

mit uns Kontakt aufzunehmen. Auch bei Interesse an weiterer Unterstützung sind wir gern behilflich, Kontakte zu vermitteln, Informationen zu verbreiten und wo möglich zu koordinieren.

Die auf dem Konto eingegangenen Spenden werden direkt an die Unterstützer*innen in der Ukraine überwiesen. Auf diesem Blog werden der Spendeneingang auf dem Konto sowie die Rechenschaftsberichte zu der Verwendung der Spenden dokumentiert werden.

Wir bitten um Spenden auf folgendes Konto:

Spendenkonto

Kontoinhaber: Valentin Tschepego
Kto: 49837301
BLZ: 12080000
Commerzbank
Verwendungszweck: Pawelko

Spendenaufruf für den „Refugee Struggle Congress“

Kongress der protestierenden Flüchtlinge in Europa vom 1.-3. März 2013 in München

Die Vorbereitungen für den selbstorganisierten Flüchtlings-Kongress in München laufen zur Zeit auf Hochtouren. Für dessen Umsetzung: wir sind nicht nur auf freiwilliges Engagement, sondern auch dringend auf Geld-Spenden angewiesen!

Wir wollen als unabhängiger Aktionskreis arbeiten und agieren, gleichzeitig aber ist die Verwirklichung des Kongresses mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Dazu gehört nicht nur die Organisation vor Ort, sondern auch die Mobilisierung insbesondere von Geflüchteten, die im Rahmen einer großflächigen Mobilisierungstour in den Lagern besucht werden sollen. Um dies umzusetzen und dabei unsere Unabhängigkeit bewahren zu können, sind wir auf eure finanzielle Unterstützung angewiesen!

Große wie kleine Spenden auf folgendes Konto sind eine enorme und wichtige Hilfe für uns:

Spendenkonto

Name: Streitberger Refugee-congress
Institut: Sparkasse Regensburg
BLZ: 750 500 00
Konto-Nr.: 26479584

Mehr Infos: www.refugeecongress.wordpress.com

der Dunkelziffer ganz zu schweigen.
Sexuelle Belästigung und häusliche Gewalt sind in Ägypten weitverbreitete gesellschaftliche Probleme. Gegen die Gewalt in der Umgebung des Tahrir-Platzes regt sich inzwischen jedoch Widerstand. Gruppen wie „Operation Anti-Sexual Harassment“ und „Tahrir Bodyguard“ organisieren Patrouillen von Freiwilligen, klären über die Gewalt auf und versuchen, Frauen vor Angriffen zu schützen. Am Tahrir-Platz selbst wurden Türme errichtet, über die die Menschenmenge von oben zu überblicken ist, damit bei Angriffen auf Frauen eingegriffen werden kann. Auch hier sind die jugendlichen Aktivist*innen des Black Bloc aktiv, wie auf youtube-Videos zu sehen ist – etwa, wie sie eine attackierte Journalistin in Sicherheit bringen.

„Was am Tahrir-Platz passiert, ist politisch, und das Hauptziel ist der Ausschluss von Frauen aus dem öffentlichen Raum. Die Gewalt soll eine klare Botschaft senden, dass Frauen hier nicht willkommen sind. (…) Sie glauben, das wird verhindern, dass Frauen zum Tahrir-Platz gehen. (…) Aber nichts wird uns davon abhalten, die Straßen gehören uns wie sie allen gehören. Das ist unser Land und wir werden zu sexueller Gewalt nicht schweigen – nicht zu der, die wir jeden Tag erleben, nicht zu der am Tahrir-Platz.“ (Videointerview mit einer Aktivistin, Eigenübersetzung)

Ein Beitrag von anarchismus.at (Stand: 13. Februar 2013)

Informationen zu Ägypten:
www.linksunten.indymedia.org | www.enough14.org

Interview: black bloc egypt

„Wir haben keine politischen, sondern nur revolutionäre Ziele.“

★ *Erschienen in: Autonomes Blättchen #12*

Nachdem wir den Text „Ägyptische anarchistische Bewegung entsteht mit einer Welle von Brandsätzen und Straßenkämpfen“ (http://de.contrainfo.espiv.net/2013/01/29/agyptische-anarchistische-bewegung-entsteht-mit-einer-welle-von-brandsatzen-und-strasenkampfen/) gelesen hatten, haben wir mal versucht nachzufragen. Wir freuen uns sehr, dass es geklappt hat. Wir haben das Interview recht frei übersetzt, da weder unsere, noch black blocs Fremdsprachenkenntnisse eine wörtliche Übersetzung vorteilhaft erschienen ließen. Viel Spass beim Lesen!

Autonomes Blättchen: Hallo, stellt euch doch bitte kurz vor.
black bloc: Wir sind die Gruppe black bloc. Wir greifen Institutionen des Staates, des politischen Systems und Wirtschaftsunternehmen an. Wenn die Wirtschaft und der Handel gut laufen, nützt dies den Herrschenden. Außerdem sind viele Unternehmen in der Hand der Regierenden oder nützen ihnen finanziell.

AB: In Deutschland ist black bloc eine Taktik auf Demonstrationen oder bei Krawallen, aber keine Gruppe. Verschiedene Gruppen nutzen sie um gemeinsam ihre Ziele zu erreichen. Wie ist das in Ägypten?
black bloc: Ägypten versucht, wie jeder Staat, das herrschende System mit kleinen Korrekturen oder Reformen innerhalb der Logik dieses Systems zu retten. Wir versuchen, das neue System der Muslimbrüder zu zerstören, weil es uns die Revolution, die das Mubarakregime hinwegfegte, gestohlen hat. Die Idee der schwarzen Masse ist eine Antwort auf die Muslimbruderschaft und Miliz-Gruppen, die sich selbst als islamisch bezeichnen. Nur der Name der Herrschenden hat sich geändert, nicht das System.

AB: Wie seid ihr organisiert?
black bloc: Die Gruppen sind vernetzt und trotzdem eigenständig, solange ihre Mitglieder sich nicht verabreden. Aber Treffen gibt es nur zwischen Kontaktpersonen, damit, wenn jemand verhaftet wird, der Rest der Gruppe und die Struktur verdeckt bleiben. Wenn zum

Beispiel eine bestimmte Firma oder Kette angegriffen werden soll, dann arbeiten die unterschiedlichen Gruppen nicht direkt zusammen bis zum Zeitpunkt der Demonstration, wo die Aktivitäten und klandestinen Operationen stattfinden sollen. Wenn die Kontaktpersonen der Gruppen sich z.B. geeinigt haben, eine Restaurant- oder Bekleidungskette anzugreifen, wird koordiniert, welche Gruppe welche Filiale übernimmt. In einer chaotischen Situation ist kein Platz für Chaos. Das Chaos ist organisiert.

AB: Und intern?
black bloc: Wir versuchen, dass alle Mitglieder der Gruppe partizipieren und versuchen die sozialen Beziehungen zwischen den Einzelnen zu stärken.

AB: Welche Rolle spielen Frauen in euren Kämpfen?
black bloc: Die Rolle der Frauen in der ägyptischen Gesellschaft hat sich durch ihre Teilnahme an der Revolution vom 25. Januar 2011 grundlegend geändert. Auch für uns. Jede_r setzt die eigenen Fähigkeiten ein. Manche können Aktionen materiell unterstützen. Andere sind fähig, erste Hilfe zu leisten. Einige beteiligen sich an Auseinandersetzungen auf der Straße. Jede*r nach seinen*ihren Fähigkeiten.

AB: Wie ist eure Beziehung zur Religion?
black bloc: Für uns ist Religion die Sache jedes_jeder Einzelnen. Wir glauben, dass es ok ist, wenn das Leben und der Alltag des Individuums von Religion geprägt ist, solange sich jede_r selbst dafür entscheiden kann.

AB: Welche politischen Ziele und Utopien habt ihr?
black bloc: Wir haben keine politischen, sondern nur revolutionäre Ziele. So unterscheidet sich der black bloc, obwohl er Teil der Revolution ist, von dem Rest der ägyptischen Revolution.

AB: Was sind eure revolutionären Ziele?
black bloc: Unsere revolutionären Ziele sind, die Muslimbruderschaft zu stürzen. Die Bruderschaft ist nicht ehrlich und hat die Revolutionär*innen in mehreren Momenten dieser schwierigen Revolution verkauft.

AB: Wie bewertet ihr die aktuelle Situation und die Kämpfe – zwei Jahre nach dem Sturz Mubaraks?
black bloc: Aus unserer Sicht ist die Revolution noch immer im Gange. Die Attacken auf das System der Muslimbrüder werden jeden Tag stärker. Die Stimmung auf den Straßen richtet sich mittlerweile gegen die Muslimbrüder. Wir lehnen das System der Muslimbrüder genauso ab, wie wir Mubaraks Regime abgelehnt haben. Wir werden keinen Schritt hinter die Errungenschaften des 25. Januar 2011 zurück gehen. Wir haben mit allen Einschränkungen der Freiheit gebrochen und widersetzen uns gegen alle Versuche der Repression auf der Straße.

AB: Welche Mittel und Methoden setzt ihr ein um eure Ziele zu erreichen?
black bloc: Unsere Mittel, um unsere Ziele zu erreichen sind alle Wege und Taktiken, die dazu führen, dass das ökonomische System der Muslimbrüder beschädigt wird. Wir suchen Institutionen und Besitz der Muslimbrüder als Ziele. Später werden wir auch all jene angreifen, die sie aus dem Ausland unterstützen, z.B. die Vereinigten Staaten und Katar.

AB: Seid ihr mit anderen Gruppen vernetzt?
black bloc: „Contact only only bmjmuatna". (AB: Bezieht sich auf irgendetwas mit Sonnensystem und Planeten. Wir können es nicht übersetzen. Vielleicht sowas wie: Frag doch die Sterne.) Bisher weiß niemand wer wir sind und das ist auch gut so.

AB: Der Innenminister hat black bloc als Terrororganisation bezeichnet. Islamistische Milizen haben dazu aufgerufen, black block- Aktivist*innen zu töten. Wie bedrohlich ist eure Situation?
black bloc: Der Innenminister unterscheidet sich nicht von dem System der Muslimbrüder. Er ist einer von ihnen. Es ist uns egal ob sie uns ablehnen oder sogar bewundern. Es ist wichtig, dass wir auf unserem Weg weiter machen. Heute hat die Muslimbruderschaft einen neuen Zaun um ihr Hauptquartier gebaut. Dies ist eigentlich eine Erweiterung der Schutzmauer um den Präsidentenpalast. Nur weil in den Medien durchgesickert ist, dass wir den Präsidentenpalast und das Hauptquartier stürmen wollen. Sie haben Angst vor uns.

AB: Wir haben von Massenfestnahmen von angeblichen blac bloc-Aktivist*innen gelesen. Stimmt das?
black bloc: Bisher gab es keine Festnahmen von Aktivist*innen unserer Gruppe. Sie versuchen uns dadurch zu verunsichern, dass sie an verschiedenen Orten um den Tahrir-Platz Straßensperren errichten und Personen festnehmen, die schwarz angezogen sind oder bei denen Marihuana gefunden wird.

AB: Wie ist eure Einschätzung für die Entwicklung der nächsten Monate?
black bloc: Ich kann nicht die nahe Zukunft für das Leben und die Politik in Ägypten vorhersagen. Aber es ist offensichtlich, dass das System nicht mehr stark ist. Wie schnell es fällt, hängt von der Stärke der Gegengewalt ab. Aber wir machen in jedem Fall weiter.

AB: Was können wir hier tun um euch zu unterstützen?
black bloc: Wir sind uns einig, wenn ihr vor der ägyptischen Botschaft die Revolution und den black bloc unterstützt.

AB: Vielen Dank für das Interview. Wir wünschen euch viel Glück, Mut und Kraft.

Dieses Interview stammt aus dem gerade neu erschienen autonomen Blättchen Nr. 12. Dieses findet ihr im Infoladen eures Vertrauens oder zum Download hier:
http://antimilitarismus.blogsport.de/images/12web.pdf

Erich Mühsam-Preis 2013

In seiner Sitzung am 18. Januar 2013 hat der Vorstand der Erich-Mühsam-Gesellschaft e.V. zu Lübeck (EMG) die Preisträger für den Erich-Mühsam-Preis 2013 aus der Liste der 13 vorgeschlagenen Kandidaten nominiert. Die Wahl fiel auf die beiden Verleger Dr. phil. Andreas Hohmann (Jahrgang 1968) aus Lich bei Gießen und seinen AV-Verlag, der in diesem Jahr übrigens sein 25-jähriges Bestehen feiert, und Jochen Schmück (Jahrgang 1953) aus Potsdam und seinen Libertad-Verlag sowie sein DadA-Webprojekt (www.dadaweb.de), ein digitales Lexikon der Anarchie im Internet, verfasst von einer Vielzahl namhafter Autoren.

Beide Verlegerpersönlichkeiten sollen auf diese Weise auch als Repräsentanten des anarchistischen Verlagswesens in der BRD geehrt werden. Ebenso möchte die EMG den langjährigen und unermüdlichen Arbeitseinsatz beider Preisträger würdigen, die unter beständiger Zuhilfenahme eigener, in ihren jeweiligen Zusatzberufen erworbener finanzieller Mittel und ohne jegliches gewinnorientiertes Streben quasi ehrenamtlich die Vorstellungen und Ziele des Anarchismus in „Wort und Schrift" unters Volk bringen wollen und sich so als Verkünder einer besseren und menschenwürdigeren Welt verstehen und betätigen, einer Welt, die gekennzeichnet ist durch die Freiheit und die soziale Verantwortung aller und für alle.

Ein solcher Verkünder war nach seinem tiefsten Selbstverständnis auch Erich Mühsam, dem oft genug in seinem Leben ein Verleger für die Edition seiner Werke fehlte und der sich deshalb immer wieder gezwungen sah, seine Schriften im Eigenverlag zu publizieren – und das im Rahmen widrigster politischer Verhältnisse und einer häufig katastrophalen finanziellen Situation!

Die Preisverleihung wird im Rahmen einer entsprechenden Feier am 7. Juni 2013 im Buddenbrookhaus zu Lübeck stattfinden. Der Erich-Mühsam-Preis ist zurzeit mit 2.500,00 Euro dotiert und wird alle 2 Jahre vergeben. Er soll einerseits jenen zukommen, die Mühsams Andenken fördern, indem sie seine Gedanken und seine Werke verbreiten oder Leben und Werk wissenschaftlich oder künstlerisch aufarbeiten. Andererseits kann er an Personen vergeben werden, die in Mühsams Sinne wirken, indem sie sich den kulturellen, politischen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart stellen, die Verhältnisse nicht als gegeben hinnehmen, sondern im Sinne einer lebenswerten Zukunft nach befreienden und freiheitlichen, gerechten, humanen und sozialen gemeinschaftlichen Alternativen suchen.

Der Erich-Mühsam-Preis wurde 1993 von dem Lübecker Galeristen Frank-Thomas Gaulin gestiftet. Bis auf das diesjährige Preisgeld, das von Mitgliedern und Freunden der Erich-Mühsam-Gesellschaft sowie aus Mitteln der EMG bereitgestellt worden ist, wurde und wird auch in Zukunft die Finanzierung des Preises vom Stifter alleine getragen und abgesichert.

Der gesamte Vorstand der EMG dankt dem Stifter und allen diesjährigen Spendern noch einmal ganz ausdrücklich dafür, dass sie durch ihre Unterstützung die Verleihung des Preises ermöglichen und gewährleisten.

Der gesamte Vorstand beglückwünscht beide Preisträger.

Weitere Infos: www. erich-muehsam.de

Ukrainische Gangsterjustiz

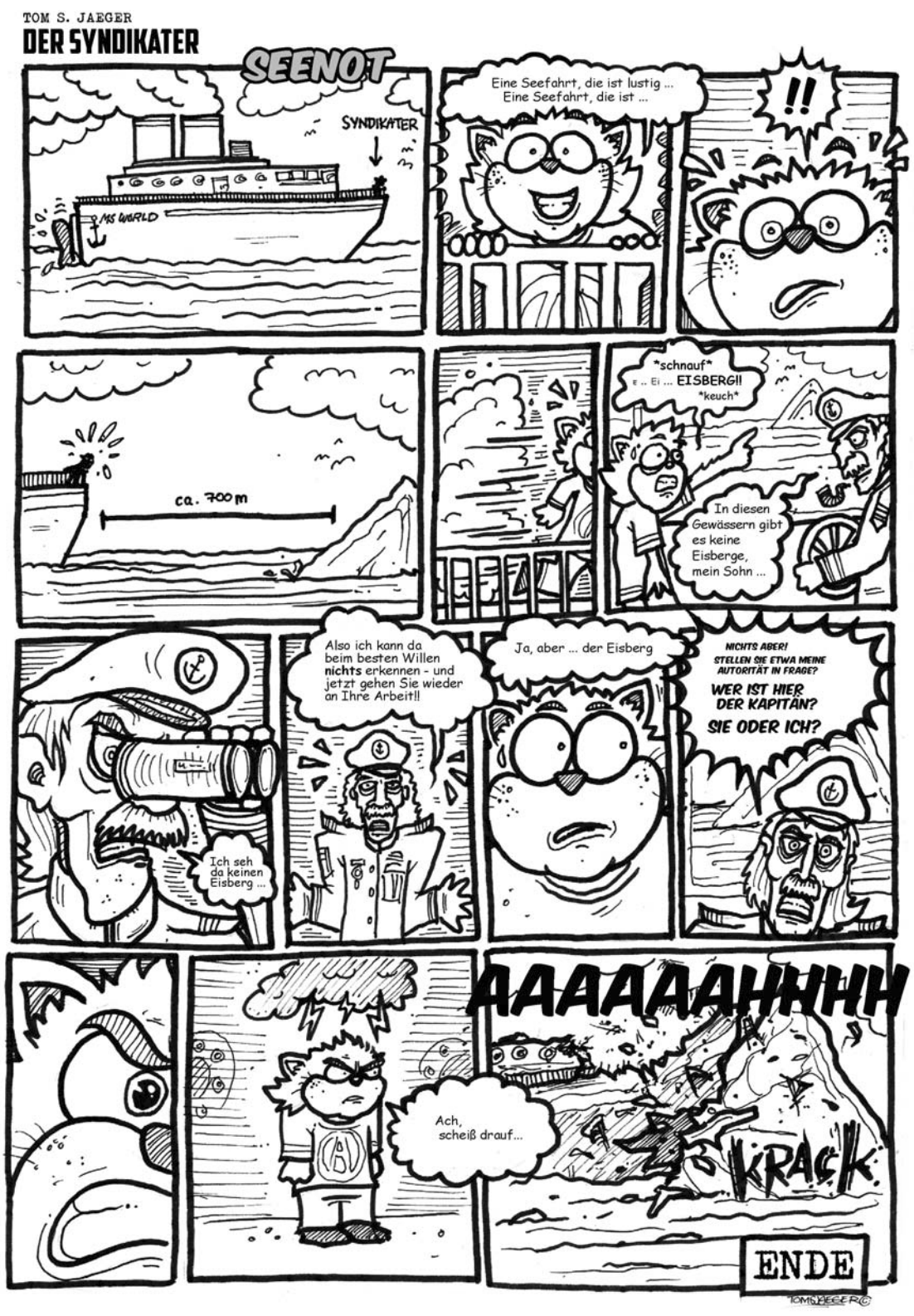
Sozialer Aktivist grundlos zu 7 Jahren Straflager verurteilt

Am 1. Mai 2012 wurde durch den ukrainischen Staatssicherheitsdienst SBU Alexander Pawelko in der ukrainischen Stadt Dnepropetrowsk verhaftet, ein sozialer Aktivist, Organisator und treibende Kraft der libertären Gruppe von Dnepropetrowsk.

Unter Missachtung jeglicher Rechtsgrundsätze wurde Alexander Pawelko zu 7 Jahren Straflager verurteilt. Aufgrund der Abwesenheit von finanziellen Mitteln hat Pawelko bis heute keinen Anwalt und hat daher die Berufungsfristen seiner Verurteilung ungenutzt verstreichen lassen. Ein Jahr grundlose Haft – und sechs weitere Jahre in Aussicht. Der Prozess muss neu aufgenommen werden.

Dieser Blog (keinurteil.wordpress.com) macht es sich zur Aufgabe, über den Fall Pawelko zu informieren, aber vor allem notwendige Solidarität zu organisieren. Es werden voraussichtlich ca. 3.000 € für die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Bezahlung eines Anwaltes benötigt. Bei Interesse an einer Prozessbeobachtung bitten wir darum,

Der 1. Mai 2012 in Donezk (Ukraine)



Mali – und noch ein Anti-Terror-Krieg

Nachrichten aus einem unbekannten Land

★ *Von: Gruppen gegen Kapital und Nation*

Südlich von Algerien liegt Mali. Ein Land, von dem die geneigten europäischen Zeitungsleser*innen bis vor wenigen Monaten keine Ahnung hatten. In letzter Zeit häuften sich die Berichte über islamistische Gruppierungen, die sich im Norden des Landes breit gemacht haben. Zudem engagieren sich dort Kämpfer*innen, die sich als Teil eines sogenannten Volksstammes namens Tuareg sehen. Sie haben mit dem politischen Islamismus als Programm nichts am Hut und wollen im Norden Malis einen eigenen Nationalstaat gründen. Die Tuareg kooperieren wohl mit den Islamisten, mal bekämpfen sich diese Gruppierungen untereinander. Ein genaues Bild gibt es nicht, weil wohl alle Gruppierungen kein Interesse daran haben, die Weltöffentlichkeit über ihre konkreten Vorhaben und Taten zu informieren – Presseleute sind nicht gerne gesehen und leben gefährlich.

Dennoch erscheinen in den deutschen Zeitungen regelmäßig Berichte über archaische Justizmethoden seitens der politischen Islamisten (Arm abhacken bei Diebstahl, öffentliche Steinigungen) und eine rigide Repression gegen Frauen. Dass diese Berichte stimmen – zumindest dass die politischen Islamisten derlei veranstalten – ist anzunehmen. Was die Tuareg vor Ort genau machen, abgesehen davon, dass sie einen Landteil abspalten wollen, erfährt man aus der Zeitungslektüre nicht. Von den mittel- oder langfristigen Zielen aller Gruppierungen, also welche gesellschaftlichen Regeln sie durchsetzen wollen und was für ökonomische Vorstellungen sie für den Norden Malis haben, auch davon ist zumindest bis Mitte Januar 2013 nichts zu lesen.

Bis vor einem Jahr, so konnte mensch lesen, gab es wohl einen demokratisch gewählten Präsidenten in Mali. Der wurde im März 2012 von Offizieren weggeputscht, die ihm im Kampf gegen die separatistischen Bestrebungen im Norden des Landes Versagen vorwarfen. Der Putsch wiederum sorgte anscheinend vor allem dafür, dass sich die Gruppierungen im Norden erst recht stabilisieren konnten. Mit dem Putsch war Europa überhaupt nicht einverstanden und fror infolgedessen Gelder ein, die Mali davor wohl regelmäßig bekommen hat.
In Zusammenarbeit mit interessierten Nachbarländern von Mali bereiteten ab Herbst 2012 europäische Staaten eine Ausbildung der malischen Armee vor, damit diese die Gruppierungen im Norden langfristig erfolgreich bekämpfen können würde. Die Gruppierungen im Norden kamen diesem Plan zuvor und rückten in den Süden des Landes vor.

Frankreich schaltet sich nun im Januar 2013 mit seiner Luftwaffe und Bodenkampftruppen direkt in den Bürgerkrieg ein. Dieser Kriegseinsatz wird von den europäischen Bündnispartnern allseitig begrüßt, auch Russland und China stellen sich nicht dagegen. Nachdem sich Deutschland bei dem internationalen militärischen Einsatz in Libyen nur neutral verhalten hat, unterstützt es jetzt Frankreich logistisch in der Kriegsführung. Alle deutschen Parteien finden das gut mit Ausnahme der Linkspartei.

Kriegsgründe und Kriegslegitimationen

Worum geht es in dem Krieg? Wie so oft gehen in der Öffentlichkeit Kriegsgründe, Kriegsanlässe und Kriegslegitimationen bunt durcheinander.

Der französische Präsident Hollande *„betonte, sein Land verfolge `kein Eigeninteresse in Mali.` Ziel der Intervention sei es, der malischen Regierung dabei zu helfen, die `territoriale Integrität` zurückzuerobern.“* (FAZ, 17.01.2013, S. 1)

Was soll das? Ganz uneigennützig hat Frankreich zufällig in der ganzen Region Militärstützpunkte und scheut mitten in der europäischen Staatsschuldenkrise keine militärischen Kosten, um selbstlos zu helfen?

Das sieht aus wie Schönfärberei, ist aber im Kern etwas anderes. Solche Reden sind Ausdruck davon, dass ein Krieg legitimatorisch wie objektiv nicht mehr einfach eine Sache zwischen zwei Staaten ist. Weil das Interesse moderner kapitalistischer Staaten die ganze Welt ins Auge fasst, gibt es keinen Krieg, der nicht mindestens die potenten Nationen mittelbar berührt. Jeder Krieg zwischen zwei Staaten hat deshalb das Potential, in einen Weltkrieg auszuarten. Im Völkerrecht haben sich die Staaten der Welt auf Regeln geeinigt, wann ein Krieg legitim ist und wann nicht. Die militärisch überlegenden Staaten haben so allen Staaten der Welt deutlich mitgeteilt, dass Krieg führen keine einfache souveräne Entscheidung eines Staates mehr ist. Sie haben so klargestellt, dass sie immer mitreden wollen. Von den anderen Staaten aus gesehen ist das Völkerrecht jetzt die Pflicht, den anderen Staaten die eigenen Kriegsgründe plausibel zu machen, dann aber auch die Chance, bei einem Krieg nicht gleich den Rest der Welt im Nacken zu haben, ja vielleicht sogar Unterstützung zu bekommen. Was im Völkerrecht verboten ist, ist ein Angriffskrieg, also ein Krieg, bei dem ein Staat schlicht gegen einen anderen Staat sein Interesse mit Gewalt durchsetzen will. Jetzt weiß jeder Staatsführer selbst am Besten, dass sie selbst nur dann einen Krieg führen, wenn es im nationalen Interesse ist. Das Völkerrecht sorgt dann nicht dafür, dass es gar keinen Krieg mehr gibt, sondern dass jede kriegsführende Partei Gründe angeben muss, die mehr sind als bloß das eigene Interesse.

Ob sich Staaten an diese Regeln halten müssen (bzw. sollten), ist immer noch eine Frage der Gewalt, also wie viel Kriegsmaschinerie diese auf sich vereinigen können. Dennoch halten sich die Staaten

daran, sich gegenseitig mehr Gründe als das bloße nationale Interesse für einen Krieg zu geben, und diese Gründe beziehen sich immer auf einen höheren Maßstab. In diesem Falle behauptet der französische Präsident glatt, gar kein Eigeninteresse zu haben, stattdessen dem hohen Gut der staatlichen Integrität zum Durchbruch verhelfen zu wollen. Dass Frankreich kein Eigeninteresse hätte, stimmt nicht – und das wissen alle Politiker*innen und jede Zeitungsredaktion. Als Heuchelei mag das aber auch keine Zeitung kritisieren, weil alle es schon mal gut finden, dass bei dem Krieg die Etikette gewahrt wird, die die Sitte der Staatenwelt verlangt.

Die territoriale Integrität Malis ist als Ziel immerhin etwas, was Frankreich in diesem Krieg tatsächlich interessieren könnte. Erstmal heißt das: Frankreich will, dass Mali ein Staat bleibt, vor allem, dass Mali von der Hauptstadt aus regiert wird und dass das Gesetz flächendeckend gilt. Zweitens soll aber Mali von den Richtigen regiert werden. Und das heißt zusammen, dass die Gruppierungen im Norden militärisch fertig gemacht, also besiegt werden müssen. Denn diese Gruppen bestreiten durch ihre Bewaffnung und eigene Rechtsprechung das Gewaltmonopol der Hauptstadtregierung bzw. wären auch nicht die gewünschten Machthaber in einem ganzheitlichen Mali.

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton sagte vor dem Europaparlament: *„Es ist wichtig, dass die Aufständischen verstehen, dass die Staatengemeinschaft zusammensteht, um das malische Volk gegen diejenigen zu unterstützen, die ihm ein undemokratisches und gewaltsames Regime aufzwingen wollen.“* (FAZ, 17.01.2013, S. 2)

Auch Ashton versteht die Kunst, einen Krieg als uneigennützig darzustellen. Während Hollande noch sagt, er helfe der malischen Regierung, sagt sie, dass das eigentliche Hilfsobjekt das malische Staatsvolk sei. Dass ein beträchtlicher Teil der von der Regierung beanspruchten Bevölkerung (die kämpfenden Tuareg und die Islamisten) scheinbar gar nicht malisches Volk sein will – scheißegal. Dass sie gerade einem Regime in der Hauptstadt zur umfassenden Gewalthoheit in ganz Mali verhelfen will, also allemal ein gewaltsames Regime will – scheißegal. Dass die aktuelle malische Regierung sich an die Macht geputscht hat – hier zunächst scheißegal.

Denn an anderer Stelle wird den jetzigen Kriegspartnern in der Hauptstadt durchaus mitgeteilt: *„Parallel zu diesen militärischen Planungen sucht die EU den politischen Druck auf die Führung in Bamako (der Hauptstadt) zu erhöhen. Zu dem Treffen am Donnerstag wurde auch der malische Außenminister Tieman Hubert Coulibaly geladen. Ihm soll noch einmal deutlich gemacht werden, dass die EU eine Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und Wahlen erwartet. Als Druckmittel dienen 90 Millionen Euro Haushaltshilfe und 140 Millionen Euro Projekthilfe, deren Auszahlung die EU nach dem Putsch im vergangenen Jahr eingefroren hat.“* (FAZ, 17.01.2013, S. 2)

Kurzum: Die Berufung auf das malische Volk, dem geholfen werden soll, ist ein umständlicher Weg, um zu sagen: Wir wollen einen malischen Staat, in dem die Gruppierungen im Norden nichts zu sagen haben. Das eigene Interesse an einer ganz bestimmten politischen Ordnung in Mali, das jetzt mit Militärgewalt gegen einige Menschen durchgesetzt wird, wird so ausgedrückt, dass die Menschen vor Ort sich anderes gar nicht wünschen könnten.

In der Berufung auf das (fremde) Volk für den eigenen Kriegszweck liegt noch eine weitere Konsequenz. Wer sich von der ansässigen Bevölkerung das nicht wünscht, gehört dann halt nicht zum Volk und ist zum Abschuss frei gegeben. Wenn sonstige Menschen dabei draufgehen, dann ist das nur ein unvermeidlicher Nebeneffekt ihres (angeblich) eigenen Freiheitsdranges, der eben nur die Ordnung will, die die EU für Mali vorgesehen hat.

Der Kampf gegen den Terror....

Also die Frage auf den Tisch: Was will Frankreich bzw. die westliche Staatenwelt jetzt wirklich von Mali?

„Die Medien beurteilten den Einsatz zumeist positiv. Hollande habe einen `spektakulären Rückhalt der ganzen internationalen Gemeinschaft` lobte die linke Libération. Er habe gehandelt, um zu verhindern, `dass im Herz

dung des Wortes „Anarchisten“, kamen zu unseren Infotischen und suchten das Gespräch. Da die Lokalpresse aber eher wenig über unsere Ziele und Träume berichtete, haben wir uns gemeinsam mit dem Infokollektiv ein anarchistisches Quartalsblatt überlegt, mit gerade dem Sinn, dass wir eine Möglichkeit haben, selbst und auf Papier unsere Träume, Erfahrungen und Kritiken zu schreiben und zu verteilen, was wir auch in der Form des „Flächenbrand“ geschafft haben.

Damit wir nun zur Gegenwart kommen: Leider, aber nicht überraschenderweise, kam nach einer simplen Flyeraktion wieder Repression auf. Ein Flyer vom Infokollektiv hat den Ordnungsbehörden aufgrund schlechter Werbung für sie nicht gefallen. Sie suchten den Jugendtreff auf, suchten nach uns, nach unseren Namen. Dieses Beispiel zeigt unserer Meinung nach ganz gut einen Unterschied zur Großstadt. Wir hatten in unserer ganzen Zeit in den verschiedensten Großstädten niemals das Problem, einen Flyer zu verteilen... aber wie wird so schön gesagt: „Auf'm Dorf kennt jeder jeden.“.

Ein Jahr und fünf Monate sind nun vergangen und wir bereuen auf gar keinen Fall den Entschluss, „auf's Land“ gezogen zu sein. Wir fanden einige Freund*innen und auch sehr viele falsche Freund*innen. Das ist offensichtlich der Preis, den mensch dafür zahlen muss, wenn mensch der „Szeneisolation“ entfliehen möchte – tja, gibt halt nichts geschenkt. Wir mussten viel durchmachen, es gab Monate, in denen einzelne von uns mehrfach vom Verfassungsschutz angequatscht wurden. Auch gab es Momente, in denen wir nicht weiter wussten - doch trotz der Strapazen können wir auf Erfolge, zwar nur wenige, zurück blicken, und wir können voll Leidenschaft, Sehnsucht und Liebe nach vorne blicken und weiter gegen jede Autorität und für den Traum der Freiheit kämpfen.

Es lebe die Anarchie!

Zwei Bücher, eine Meinung

„Ich revoltiere also sind wir.“ und „...über uns kein Himmel“

★ *Von: Frank Tenkterer*

Beide Bücher sind im Verlag Graswurzelrevolution erschienen. „Ich revoltiere also sind wir.“ erschien schon 2009 anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des Falles der Berliner Mauer und wurde bis heute noch nicht rezensiert (siehe: graswurzel.net/verlag). In diesem Sammelband finden sich sieben Beiträge, die 1991 auf einer bisher einmaligen Tagung in Berlin gehalten wurden. Die knapp 170 Seiten haben für mich kaum erhellendes gehabt. Als militantem Anarchisten haben mir die meisten Beiträge außer philosophischer Sophisterei leider nichts zu bieten gehabt. Einzig der Beitrag von Horst Wernicke „Camus – Sozialist. Zur Aktualität seines politischen Denkens“ konnte mein Interesse wecken und wachhalten. Allerdings kommt dieser Aufsatz auch nicht annähernd an Lou Marins, ebenfalls im Verlag Graswurzelrevolution erschienen Buch, „Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus“ heran. Für Camus-Fans lohnt sich die Anschaffung aber vielleicht trotzdem. Im Mittelpunkt sämtlicher Beiträge steht „Der Mensch in der Revolte“. Dieser Text wird in Bezug auf Aussagen zum „russischen Terrorismus“ und „zynische Revolutionäre“ ebenso untersucht wie auf das Verhältnis zu Satre, dem zeitweise parteikommunistisch gebundenen philosophischen Widerpart Camus', oder Camus Verhältnis zur klassischen Griechischen Philosophie.

Ganz anders das, neudeutsch Graphic Novel genannte Comic-Buch von Robert Krieg und Daniel Daemgen „... und über uns kein Himmel“ Erzählt wird die wahre Geschichte von „Fritz“, der in den 1930er Jahren eine wahre Odysee durch die Kinder- und Fürsorgeheime des 1000 jährigen Reiches antritt. Mit wenigen Strichen werden die diversen Brutalitäten dargestellt, denen Fritz und seine Leidensgenoss*innen bei nichtigsten Anlässen ausgesetzt sind. Die Geschichte endet jedoch nicht 1945, sondern erst deutlich später, denn am „Fürsorge-System“ hat sich mit Ende des Reiches erst einmal nichts geändert.

Sowohl ein gut gewähltes Vor- als auch ein ebensolches Nachwort umrahmen die Geschichte. Abgerundet und Unterbrochen wird die Geschichte immer wieder von dokumentarischen Einschüben zu den Protagonisten und Orten der Geschichte.

Ich kann dieses Comic-Buch nur wärmstens empfehlen. Allerdings kann es so manchem Leser und so mancher Leserin gehen wie mir: Man fühlt sich unvermittelt an die eigene Kinderheimerfahrungen erinnert. Auch wenn in den 1970er Jahren schon so manches anders war als in den 1930er bis 1960 Jahren. Vielleicht ist es aber gerade diese eigene Betroffenheit, die mich an diesem Buch so fasziniert hat? Dazu beigetragen haben auf jeden Fall die minimalistische Art und Weise der graphischen und textlichen Gestaltung. Auf Farben wurde verzichtet und die grauen Bleistiftzeichnungen spiegeln meiner Meinung nach sehr gut die Stimmung in solchen Einrichtungen wieder (zumindest was die 1970er Jahre angeht).

1 Jahr und 5 Monate „Schwarzes“ Schwarzenbek

Ein persönliches Resümee

Von: Anarchistische Gruppe Schwarzenbek

Kurzes Vorwort: Wir wollen uns hier auf keinen Fall nur beschweren oder gar in eine Opferrolle stecken, sondern, damit keine Missverständnisse aufkommen, nur unsere subjektiven Erfahrungen als Anarchist*innen in einer dorfähnlichen Kleinstadt wiedergeben.
Vor einem Jahr und fünf Monaten bildeten wir mit der Absicht, der Szeneisolation zu entfliehen, die anarchistische Gruppe Schwarzenbek. Doch warum genau in Schwarzenbek und nicht weiterhin in Hamburg? Ganz einfach: Wir wollten raus aus den großen Städten in denen es schon „alles“ vom Autonomen Zentrum bis hin zur Punker*innenkneipe gab. Wir wollten nicht länger selbst dafür verantwortlich sein, noch mehr als ohnehin schon marginalisiert zu werden. Wir wollten nicht länger unsere Kräfte in Autonome Zentren stecken, in denen sogenannte „Bürger*innen“ niemals rein gehen würden, und wenn sie es täten, mit dem Gefühl begrüßt werden, nicht erwünscht zu sein. Wir wollten etwas von Anfang an, an einem Ort, an dem es keine Szene, Bewegung o.ä. gab, schaffen und zwar für jeden Menschen.

Einige, die von unserer Idee begeistert waren, zogen nach Schwarzenbek, andere hingegen zogen weg… in die große Stadt. Anfangs lachten die meisten Freund*innen aus Hamburg über uns und unsere Vorstellungen, später dann brach der Kontakt komplett ab. Wir würden am „Arsch der Welt“ wohnen (ca. 20 min. mit der Bahn). Lange Zeit ging es für uns alleine weiter und mit den brennenden Fragen, wie man etwas aufbaut ohne Unterstützung und wie man den Gedanken der Anarchie an die Menschen bringt. Wir probierten, unsere Ideen an die Menschen aus Schwarzenbek zu bringen, indem wir Transparente aufhingen, eine Scheinbesetzung machten, Flyer verteilten und in Briefkästen warfen und einen Infotisch veranstalteten.

Nichts davon traf auf wirklich fruchtbaren Boden, außer, dass wir im städtischen Jugendtreff eine vegane Kochgruppe gründen konnten. Doch auch das war ein eher ernüchterndes Ergebnis, da es sehr kräftezehrend ist, mit einem „Jugendtreff-Chef“ streiten zu müssen, was auf den Werbeflyern für die Kochgruppe stehen darf. Das einzige was daran positiv aufnehmbar wäre, ist die Tatsache, dass man in Gespräche mit Jugendlichen kam, über ihre Erfahrung mit der Polizei, mit der kapitalistischen Verwertungslogik und mit ihrem Zorn auf den Staat und auch, dass die Kochgruppe mittlerweile ein Selbstläufer ist und noch immer ohne unsere Zuarbeit (selbst-finanzierend) existiert.

Es gab leider auch mehrere negative Feedbacks auf unsere Arbeit hier. Spott von den Bullen bei unserem Infotisch, willkürliche Kontrollen und VS-Schikanen und von den Nazis kamen Einschüchterungsversuche und Schlägereien. Der Versuch, eine Aktion gegen die Nazis zu machen, blieb hoffnungslos. Dazu mussten wir einsehen, dass wir zu wenige sind und ohne Hilfe von Außerhalb nicht Effektiv agieren können. Was uns blieb war, darüber zu schreiben und Naziaufkleber abzureißen. Wir fühlten uns der Situation gegenüber ohnmächtig und hilflos, wollten kämpfen, doch konnten nichts tun außer uns nur zu wehren. An dieser Stelle wurde uns zum ersten Mal wirklich bewusst, was wir uns da vorgenommen haben. Wir mussten unsere ganzen Erfahrungen aus Großstädten weiterentwickeln, damit wir in einer sehr kleinen Kleinstadt zurecht kommen würden. Dinge, die für uns früher als selbstverständlich galten, wie z.B. Solidarität, suchten wir vergebens.

Jedoch bildeten einige dann das Libertäre Infokollektiv Schwarzenbek, womit es auch anfing, dass einige Gefährt*innen aus Hamburg sich mit uns solidarisch zeigten, uns halfen und den Kontakt mit uns aufrecht hielten. Mit dem Infokollektiv stieg die Aktivität in Schwarzenbek wieder, mit dem Ziel vor Augen, einen Infoladen schaffen und den Menschen anarchistische Theorien näher bringen zu können. Es gab regelmäßige Infotische, Gespräche mit Einwohner*innen und auch ein Konzert mit veganer Vokü. Zudem wurde uns angeboten, dass wir einen Infotisch auf dem Stadtteilfest aufstellen dürften, wir hätten uns nur damit abfinden müssen, dass auch die Bullen dort einen Stand haben würden.

Ab dem Zeitpunkt, ab dem es zwei anarchistische Gruppen in der kleinen, 15.000 Einwohner*innen zählenden Stadt gab, fing die Presse an sich für uns zu interessieren. Sie berichteten neutral, trotz der Verwen-

zen des schwarzen Kontinents ein Terror-Staat entsteht`. Einziges Ziel der Operation sei es, den Terrorismus zu bekämpfen, betonte der Präsident.“ (SZ, 14.01.2013, S. 2)

So reiht sich das Kriegsziel in den weltweiten Kampf gegen vom Islam inspirierte, antiwestlich eingestellte Gruppen ein. Aus vielen Ländern, die mit dem Westen im sogenannten Kampf gegen den Terror zusammen arbeiten, mehr oder minder erfolgreich verdrängt, haben sie sich im Norden von Mali breit gemacht und versuchen dort, ihre Version einer moralisch korrekten Gesellschaft einzurichten. Dort, wo sie etwas Hoheit gewinnen, scheinen die international eingestellten Islamisten ihresgleichen für Kämpfe in aller Welt auszubilden. Im Westen gelten sie einfach als verrückt und bloß mörderisch, was Ausdruck davon ist, dass der Westen sie kompromisslos bekämpfen will. Das drückt sich auch darin aus, dass sie deren Kampf als „Terror“ bezeichnen. Damit spricht der Westen aus, dass sie deren Gewalt als nicht legitim behandeln wollen. Die politischen Islamisten seien keine Politiker, die wie andere Politiker*innen auch mit Gewalt ihre Vorstellungen über die Gesellschaft hinweg durchsetzen wollen, sondern Leute, die einfach Gewalt ausüben wollen, quasi als Selbstzweck.

Was der Islamismus als politische Bewegung ist, dazu sei auf den Text „Der Islamismus – Konsequenz, Erbe und Konkurrent eines unzufriedenen arabischen Nationalismus“ verwiesen (siehe www.gegen-kapital-und-nation.org). Hier sei das Programm nur kurz umrissen. Der Islamismus als politische Bewegung hat seinen Ausgangspunkt in der Betrachtung von Ländern, deren Alltagskultur und politische Ordnung sich bereits auf den Islam stützen (so wie Deutschland etwa kulturell christlich geprägt ist). Dies sind Länder, die in der weltweiten Staatenkonkurrenz relativ weit unten angesiedelt sind; Länder, die meist nur als Rohstofflieferanten für den erfolgreichen Westen funktionieren, über Kredite vom Ausland abhängig sind und ansonsten für die Bevölkerung nur flächendeckende absolute Armut zu bieten haben. Als Nationalisten stört die Islamisten das Leid und das bescheidende Leben der Bevölkerung als solches nicht sonderlich, allerdings entdecken sie in diesem armseligen Leben ein weiteres Indiz dafür, dass die Nation nicht die Größe, den Glanz oder die Bedeutung in der weltweiten Staatenhierarchie hat, die sie ihr zusprechen.

Für Nationalisten ist eine Massenarmut gut, wenn sie die Nation voranbringt (siehe hierzulande z.B. das Lob auf die Agenda 2010), sie ist aber schlecht, wenn sie nur Ausdruck davon ist, dass sich die Menschen nicht nützlich für die Nation machen (können). Als Nationalisten glauben sie an die Kraft des Staatsvolkes als Basis für die Größe der Nation. Dass die Nation in der Staatenhierarchie so glanzlos da steht, liegt in ihren Augen auch daran, dass das Staatsvolk nicht die richtige Einstellung für die nötige Kraftanstrengung habe. Die Religion wird politisch radikalisiert gewendet: Die mangelnde oder vernachlässigte Gläubigkeit gilt den Islamisten als Hauptursache für das (angeblich) verfehlte Verhalten der Bevölkerung. Dieser Schluss wird gegen die Regierungen in den jeweiligen Ländern verlängert. Sie hätten es versäumt, dem Staatsvolk die richtige Moral beizubringen, sie hätten also schlecht regiert. Statt die Nation zur Sonne zu führen, würden sie die Nation untergraben.

Mit seinem Drang, die Welt mit Waren und Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen für das eigene nationale Wirtschaftswachstum, verbreite der westliche Imperialismus lauter schädliche Einstellungen in den Regierungen und in der Bevölkerung derjenigen Nationen, die den Islamisten am Herzen liegen. Diese Einstellungen stehen nach Ansicht der Islamisten ihrem gewünschten nationalistischen religiösen Aufbruchsprogramm im Wege. Der Islamismus als politische Bewegung hat einerseits einen stark internationalen Charakter, orientiert sich andererseits politisch überwiegend an nationalen Grenzen. Manche Bewegung verurteilt allerdings den Nationalstaat selbst als Fessel und hält die Umma als Weltislamgemeinschaft für den senkrechten Weg.

So war das ursprüngliche Ziel von „Ansar Dine“ (einer der wichtigsten islamistischen Gruppierungen in Mali) nicht die Schaffung von einem neuen Tuareg-Staat Azawad, sondern das Bekehren des gesamten Mali zu „wahrem islamischem Leben“. Für die Islamisten von AQMI (al-Qaida im islamischen Maghreb) ist die Tatsache, dass Tuaregs Moslems sind und eine vom Westen unterstützte Regierung bekämpfen, handfester Einmischungsgrund mit dem Kalkül: Beim gemeinsamen Kampf wird man die Glaubensbrüder und -schwestern schon auf Linie bringen. Mujao („Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“) scheint eher in „schwarzafrikanischen“ Regionen Anklang zu finden und sich vom arabisch dominierten Al-Quida abzusetzen.

Der politische Islamismus arbeitet sich also an der Armut vor Ort und am Imperialismus des Westens ab und ist, so wie er das macht, nicht mit einer vernünftigen Kritik zu verwechseln, die ihren Ausgangspunkt am Leid der Menschen auch in der Peripherie nimmt. Er ist – eingedenk der Besonderheit einiger Islamisten, die einen Groß- oder Weltstaat Umma anstreben – im Großen und Ganzen ein nationalistisches Scheißprogramm.[1]

…für eine kapitalistische, westliche Weltordnung

Auf der anderen Seite ist der ekelhafte Charakter des politischen Islamismus kein Grund, dem westlichen Kriegsprojekt dann die Daumen zu drücken. Das postkoloniale Konzept der westlichen Mächte, das in Mali gegen die Islamisten und Separatisten verteidigt werden soll, hat es nämlich in sich.

Ein flüchtiger Blick auf Wikipedia verrät einiges über die trostlose Lage der Menschen in Mali und die Einordnung des Landes in die westliche Weltordnung. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung hat keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser, 30% sind arbeitslos und 75% der über 15jährigen sind Analphabet*innen. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei ca. 48 Jahre, es gibt weit verbreitete Mangelernährung.

Wirtschaftlich dominiert die Landwirtschaft unter schwierigen Naturbedingungen und ansonsten werden in Mali vor allem Gold und einige andere Rohstoffe abgebaut für den Export. Die abbauenden Unternehmen kommen aus dem Westen und die Regierung verdient an den Lizenzen, die sie den Unternehmen verkauft. Damit die

Unternehmen sich derartig engagieren können, lässt die Regierung schon mal hunderte von Dörfern räumen. Da es in einer solchen Ökonomie einfach keine wirtschaftliche Entwicklungsperspektive für die Menschen vor Ort gibt, kommt es nur darauf an, an die Macht zu gelangen, um unmittelbar darüber sich, Familie und Clan gut zu finanzieren. Vom Westen wird sowas als Korruption bezeichnet. In Wirklichkeit gehört das einfach zur Politökonomie eines Rohstoffexportlandes der Sorte Mali dazu. Die Regierungsmitglieder bereichern sich. Sie sorgen mit entsprechend entlohnten Gefolgsleuten dafür, dass der Rest der Bevölkerung, der eigentlich überflüssig ist, die Schnauze hält. Der Westen unterstützt die Regierungen dabei mit finanziellen Mitteln und der Ausbildung des Militärs, damit ihre Konzerne Gewinne machen und für einen sicheren, preislich günstigen Rohstoffffluss gen Westen sorgen.

Daher ist es kein Wunder, dass in solchen Staaten immer wieder andere Gruppen auf die Idee kommen, sich selbst an die Macht zu putschen oder Landteile abzuspalten, um neue Nationen zu gründen (siehe hierzu als Beispiele die Texte zum Sudan: „Ein neuer Staat für Afrika…“ und „Die Intervention in den Sudan: Noch ein Beweis dafür, dass es ohne Weltpolizei nicht geht“ auf siehe www.gegen-kapital-und-nation.org.) Immer wiederkehrende Bürgerkriege machen dann selbst die Existenz von Menschen als armselige Landwirt*innen zu Nichte. Auf der Flucht vor den beschissenen Wirtschaftsbedingungen und Bürgerkriegen versuchen dann einige nach Europa zu kommen, wo sie der Westen wiederum mit einem hohen Sicherheitsaufwand über das Mittelmeer abschiebt, wenn die Flüchtlinge überhaupt lebend Europa erreichen. Eine unterlegende Bürgerkriegspartei setzt sich in aller Regel ins Nachbarland ab und versucht, von dort an die Macht zu kommen. Oder aber sie versucht direkt im Nachbarland die Macht zu übernehmen.

Demokratie für Afrika – ein imperialistischer Idealismus

Der Westen ärgert sich über diese Instabilitäten, die notwendig zu der Politökonomie dazu gehören, die er für viele Länder in seiner Weltordnung vorgesehen hat. Als anspruchsvolle Nationalist*innen meinen sie, dass nicht sein darf, was nicht sein soll und so sind sie zu dem falschen Schluss gekommen, dass die Instabilitäten sich einem Mangel an Demokratie verdanken. Bei sich selbst bemerken sie, dass Wahlen und Rechtssicherheit zu einem Zuspruch der Bevölkerung zum Regiertwerden führt, und so das Regieren einfacher machen. Dieses Rezept umzusetzen, verlangen sie heute von den Regierungen wie der in Mali. Das ist imperialistischer Idealismus, weil zu einer funktionierenden Demokratie immerhin noch die Aussicht auf wirtschaftlicher Betätigung breiter Teile der Bevölkerung gehört. Wenn es gar keine Existenzquellen gibt und man sowieso nicht weiß, wie man morgen an das Essen rankommen soll, ist das Interesse an Rechtssicherheit und Wahlen auch nicht sehr naheliegend.

Mali galt in Sachen Demokratie in Afrika lange als Musterland, bestand dort doch zumindest bis letzten Jahres immerhin 20 Jahre so etwas wie Demokratie. Dass die Wahlbeteiligung bei 30% liegt und im Norden separatistische Bestrebungen aktiv sind, legt allerdings nahe, dass weite Bevölkerungsanteile von der Zentralregierung nichts erwarten, und umgekehrt die Regierung Maßnahmen gegen Bevölkerungsteile durchsetzt, in denen nicht mal der Schein von Unterstützung und bürgerlichem Glücksversprechen existiert, sondern bloß Repression.

Der Westen ist aber auch pragmatisch genug, jetzt den Demokratievorbehalt zurückzustellen. Im Vergleich mit den Islamisten, die erstmal garantiert keine Lizenzen für Rohstoffabbau an westliche Unternehmen vergeben würden, ist das Putschregime in der Hauptstadt besser als nix. Also werden die Fördergelder für Mali nun doch an die Putschisten freigegeben und kriegerisch wird mitgeholfen, wieder eine territoriale Integrität herzustellen, die es erlaubt, ein Stück Afrika für die nationale Reichtumsmehrung im Westen nutzbar zu machen bzw. zu halten.

[1]Auf die Besonderheit der kämpfenden säkularen Tuareg, ihre Gründe und Ziele geht dieser Text nicht ein. Hier müssen wir uns erst nochmal einarbeiten.

Russland: Aktionen gegen die Vernichtung des medizinischen Sektors

Landesweite Proteste für eine freie medizinische Versorgung

★ *Von: Liliana Kosarenko*

Am 08. und 09. Februar fanden in Moskau sowie 6 weiteren Städten verschiedene Protestaktionen im Zusammenhang mit den katastrophalen Zuständen innerhalb des medizinischen Sektors des Landes statt, und wie bei vielen sozialen Fragen, fanden sich neben den vielen verschiedenen Organisationen auch die russischen Anarchist*innen der IWA-AIT und Avtonom.org wieder.

Hintergrund der landesweiten Proteste sind die immer schlimmer werdenden Zustände im medizinischen Sektor. So wurden unter anderem der Mangel an Arbeitskräften und –material in allen medizinischen

Insgesamt führten die Material- und Menschenblockaden dazu, dass die Anreise der Nazis massiv behindert wurde. Von den etwa 200 Nazis schaffte es nur knapp die Hälfte auf den Wartberg. Der größere Teil, darunter auch die Nazis aus der Rhein-Neckar-Region, versuchte es nicht einmal und entschied sich für eine Ersatzveranstaltung im Nachbardorf Mühlacker. Offenbar hatten die Aktionen der letzten Wochen und Monate in Heidelberg, Dresden oder Mannheim ihre psychologischen Spuren hinterlassen.

Unsere Solidarität gegen die Zusammenarbeit von Staat und Nazis

Die skandalösen polizeistaatlichen Methoden sorgten zwar für Festnahmen, Kontrollen, Verletzte (inkl. Krankenhausaufenthalten) und schränkten sogar unser Demonstrationsrecht ein. Trotzdem konnte die Polizei den antifaschistischen Widerstand nicht brechen. Konsequente Aktionen sabotierten die Nazi-Mahnwache und machten damit den 23. Februar 2013 das erste Mal seit Jahren zu einem Erfolg in Pforzheim – wenn auch zu einem hohen Preis.

Antifas bringen polizeilichen Bauzaun ins Wanken

Gerade für die Mitglieder der Grünen Jugend und der Jusos war die Razzia unseres Busses ein Lehrstück in Sachen Polizeistaat im Auftrag der grün-roten Regierung. Ob und wie im Nachhinein sinnvoll juristisch dagegen vorgegangen werden kann, müssen wir gemeinsam diskutieren und von einem Anwalt prüfen lassen.

Wer der Polizeidirektion Pforzheim vorab etwas Arbeit machen möchte und sich zudem für den Verbleib seiner persönlichen Daten interessiert, dem empfehlen wir den Musterbrief der AG Datenschmutz der Roten Hilfe. Sendet diesen an: Polizeidirektion Pforzheim, Bahnhofstraße 13 75172 Pforzheim mit folgendem Inhalt:

Ich verlange auf Grundlage von § 45 Polizeigesetz Baden-Württemberg (PolG),§ 11, Abs. 5 Verordnung des Innenministeriums Baden-Württemberg zur Durchführung des Polizeigesetzes (DVO PolG),§ 19, Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und § 21, Abs. 1 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) zu folgenden Punkten Auskunft über die durch die Polizeidirektion Pforzheim zu meiner Person in Systemen der elektronischen Datenerfassung und -verarbeitung gespeicherten Daten, im Besonderen über personenbezogene Datensätze im polizeilichen Auskunftssystem POLAS, LABIS, sowie im elektronischen Vorgangsbearbeitungssystemen, aber auch in Hilfsdateien wie etwa der AD PMK; über den Zweck der Verarbeitung; über die Herkunft der Daten, soweit diese gespeichert oder sonst bekannt ist; über die Empfänger oder die Gruppen von Empfängern, an die die Daten übermittelt wurden.

Die Veränderung der Gesellschaft wird aber nicht über Gerichte und Behörden, sondern nur auf politischem Wege erreicht. Der direkte Vergleich der Aktionen am 16. Februar in Mannheim und am 23. Februar in Pforzheim unter grundsätzlich gleichen gesetzlichen Rahmenbedingungen verdeutlicht die politische Dimension ordnungspolitischer Entscheidungen. Der rechte Hardliner OB Hager (SPD) und Einsatzleiter Metzger entschieden sich dafür, Pforzheim temporär in einen autoritären Polizeistaat zu verwandeln, während der linksliberale OB Kurz (SPD) und Einsatzleiter Gräter in Mannheim eine andere Linie verfolgten, Antifaschismus als legitimes Anliegen sahen und durch Deeskalation Verletzte und Verhaftungen vermieden. Die Aufstellung der Zivilgesellschaft in einer Stadt und die Bündnisarbeit gegen Nazis haben auf solche Entscheidungen einen erheblichen Einfluss. Letztlich sind es aber die Aktionen auf der Straße, die einen Naziaufmarsch verhindern.

Den Verletzten vom 23. Februar wünschen wir gute Besserung und den Antifaschist*innen, die aus welchen Gründen auch immer mit einem Ermittlungsverfahren rechnen müssen, sichern wir unsere Solidarität zu!

Zuletzt bedanken wir uns bei der Antifajugend Ludwigshafen/Mannheim, die die Busfahrt gut organisiert hat und auch damit für einen solidarischen Zusammenhalt der unterschiedlichen Antifaschist*innen im Bus sorgte, was angesichts der polizeilichen Angriffe auch notwendig war.

Ob schwarz-gelb oder grün-rot… Polizeistaat abschaffen!
Naziaufmärsche verhindern!

Pforzheim: Viel Polizei, wenige Nazis.

Entschlossene Proteste gegen Nazi-Mahnwache

Von: AK Antifa Mannheim

Die alljährliche Fackelmahnwache der faschistischen Gruppierung „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“ fiel 2013 auf einen Samstag und entsprechend war eine größere Teilnehmerzahl der Nazis zu erwarten, der sich allerdings auch eine landesweite antifaschistische Mobilisierung entgegen stellte. Die Polizei hatte mit einem absurden Aufgebot von ca. 1000 Beamt*innen ebenfalls stark nach Pforzheim mobilisiert. Thema der Veranstaltung war der Jahrestag der Bombardierung der Stadt zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Nazis versuchen die Kriegsschuld umzudeuten und die Alliierten als „Verbrecher“ darzustellen, während die Wehrmacht verherrlicht und der NS verharmlost wird.

Das offizielle Gedenken der Stadt blendet die historischen Rahmenbedingungen teilweise aus und legt des Fokus zusammenhangslos auf die zivilen Opfer des Bombardements, während Antifaschist*innen stets auf die historischen Zusammenhänge, die deutsche Kriegsschuld und die Beteiligung von Industrie und Zivilgesellschaft an der Militarisierung des nationalsozialistischen Deutschlands hinweisen.

Grün-roter Polizeistaat

Demnach distanziert sich auch der OB Gert Hager (SPD) von den Antifaschist*innen, bezeichnete uns als reisende Chaoten, setzte uns mit Nazis gleich und sorgte mit Hilfe des Polizeiapparates für die Aushebelung demokratischer Grundrechte zum Schutz der „öffentlichen Ordnung“, was im Klartext der möglichst reibungslose Ablauf der Nazi-Mahnwache bedeutet.

Für die Antifaschist*innen aus Mannheim und Umgebung, die mit einem Reisebus nach Pforzheim kamen, bedeutete dies eine skandalöse Razzia, was letztlich zur Verhinderung der Demonstrationsfreiheit führte. Unser Bus wurde einige Kilometer vor der Stadtgrenze auf einen Parkplatz heraus gezogen, wo bereits 100 bis 150 Polizist*innen bereit standen, um die 50-köpfige Busbesatzung einzeln einer Durchsuchung mit anschließender Personalienkontrolle zu unterziehen. Von allen Antifaschist*innen wurden zwangsweise Portraitfotos angefertigt, insgesamt wurden wir etwa 1,5 Stunden festgesetzt. Ergebnis: eine Ingewahrsamnahme, weil die Handschuhe eines Antifaschisten als „gefährlich“ eingestuft wurden. Die vom Pforzheimer Polizeidirektor Metzger angeordnete Razzia geschah verdachtsunabhängig zur „Gefahrenabwehr“, entsprechend einem faschistoiden Polizeigesetz, das unter grün-roter Regierung ebenso gut funktioniert, wie damals unter schwarz-gelber. Vor fünf Jahren fuhren wir ebenfalls am 23. Februar mit dem Bus nach Pforzheim, auch damals gab es eine ähnliche Razzia. Der entscheidende Unterschied 2013 war, dass wir so lange festgehalten wurden, bis die Teilnahme an der Demonstration nicht mehr möglich war.

Blockaden sabotieren die Nazi-Mahnwache

Die antifaschistischen Aktionen in der Innen- und Nordstadt und auf dem Wartberg fanden somit zu Beginn ohne Mannheimer Beteiligung statt. Ein antifaschistischer Demonstrationszug gelangte bis auf die Zufahrt zum Wartberg und blockierte damit die Anreise der Nazis. Es kam zu Auseinandersetzungen: Antifaschist*innen hatten Absperrungen durchbrochen, die Polizei knüppelte und setzte Pfefferspray ein, was zu verletzten Demonstrant*innen führte. Neben der Menschenblockade gab es auch zahlreiche Materialblockaden auf den Zufahrtswegen zum Berg. Eine größere Gruppe Antifaschist*innen wurde von der Polizei eingekesselt und für Stunden in der Kälte festgehalten, selbst Toilettengänge wurden den Menschen verwehrt. Die Personalien von hunderten Antifaschist*innen wurden aufgenommen. Nach unserer verspäteten Ankunft konnten wir noch den weniger wichtigen Blockadepunkt im Südwesten des Wartbergs unterstützen.

Bereichen, schlechte Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne benannt. Auch die Bevölkerung hat enorm unter der Sparpolitik in der Medizin zu leiden, insbesondere sind die Menschen auf dem Land hart getroffen. Allerorts werden Krankenhäuser geschlossen und einzelne Stationen zusammengelegt, was bei den weiten Wegen auf dem Dorf zu einer Katastrophe wird. Die Betroffenen befürchten verstärkte Landflucht und somit einen weiteren Zusammenbruch im landwirtschaftlichen Bereich. Auch die Kommerzialisierung der Medizin wird als Problem benannt. Abgesehen von Zusammenstreichungen der Liste der gebührenfreien Medikamente, was laut Demonstrant*innen ein Verstoß gegen §41 der Verfassung, welcher eine freie medizinische Versorgung garantiert, sei, kommt die Reduktion der Bettenanzahl und der Behandlungszeit erschwerend hinzu. Dies verschlechtert die Qualität der medizinischen Versorgung enorm und fördert auch Klassenunterschiede zwischen arm und reich.

Die Aktionen beschränkten sich im wesentlichen auf Kundgebungen und Streikposten, sowie Verteilung von Info-Flyern seitens der Anarchist*innen vor den Kliniken. In den meisten Städten waren auch Arbeiter*innen aus dem medizinischen Sektor an den Streikposten beteiligt. Die wohl größte Kundgebung fand mit ca. 300 Menschen in Moskau statt, wo sich auch einige Kolleg*innen der russischen IWA zusammen fanden. Auch hier wurden Flyer zur Aufklärung über die allgemeine Situation verteilt.

Kurz darauf rief ein Arzt auf der offiziellen Seite der Ärztegewerkschaft zum allgemeinen „italienischen Streik“ auf. Dies bedeutet Dienst nach Vorschrift, keiner tut mehr aber, auch nicht weniger ohne Rücksicht auf Verluste. Der russische Sektor der IWA begrüßt diese Entwicklung als einen wichtigen Schritt, nicht nur, weil der Streik das bessere und stärkere Mittel im Arbeitskampf sei, sondern auch, weil es hilft, das Gefühl der Solidarität, sozialem Bewusstsein, gegenseitiger Hilfe und Menschenwürde in der Bevölkerung zu schaffen. Leider reiche für einen derartigen Streik der einfache Aufruf eines einzelnen Arbeiters, dessen Geduld angesichts der Willkür der Herrschenden und der Chefs kurz vorm zerreißen ist, nicht aus. Es sei überaus wichtig, eine starke Organisation von Arbeiter*innen zu schaffen: Eine kämpfende, aktive, energische Organisation, frei von Einflüssen durch Parteien und Bürokraten, die Absprachen und Verträge hinter unseren Rücken schließen könnten. Also eine, die wir anbieten, eine Anarcho-Syndikalistische! So die IWA auf ihrer offiziellen Seite.

Anarchismus und Judentum

Kapitel 3.4

Aus dem Jiddischen von Marcel Heinrich

*Die 1950 erschienene Schrift Anarkho-sotsialistishe ideyn un bavegungen bay yidn von Dr. Herman Frank (1890 -1952), jahrelanger Redakteur bei der angesehenen anarchistischen Zeitschrift Fraye arbeter shtime, dokumentiert die Geschichte und die Ideologien der jüdisch-anarchistischen Arbeiter*innenbewegung. Aus dem Jiddischen von Marcel Heinrich.*

Simon Radovitsky (1891-1956)

Vor dem ersten Weltkrieg bis in die Zwanziger Jahre hinein entstand in Argentinien eine ansehnliche und dynamische anarchistische Bewegung. Für eine kurze Zeit, von 1907 bis 1908, hat die in Buenos Aires erscheinende anarchistische Tageszeitung „La Protesta“ eine Beilage in Jiddisch gedruckt. Ein dramatisches Ereignis brachte den Anstieg der Bewegung jedoch zum Halt. Am ersten Mai des Jahres 1909 führten die Anarchisten in Buenos Aires eine große Demonstration auf der Avenida de Mayo ab. Der Polizeichef Falkon schickte seine mörderischen Kosaken gegen die Demonstrant*innen, die vor Ort eine große Anzahl unschuldiger Menschen erschossen und Hunderte verwundeten. Als Rache übte Simon Radowitzky im Jahr 1909 ein Attentat auf Falcon aus. Dies führte zu drastischen Repressionen gegen die anarchistische Bewegung, speziell gegen deren jüdischen Teil. Simon Radowitzky wurde zu Zwangsarbeit auf die Feuerinsel verbannt, einer der furchtbarsten Straflager auf der Welt, wo man ihn 20 Jahre marterte. Heute lebt er in Mexiko.

Die jüdische Bewegung fand in Südamerika ein viel besseres und günstigeres geistiges Klima vor, als in Nordamerika, dank der Neigung spanisch sprechender Bevölkerungen zur Gedankenwelt des freiheitlichen und herrschaftslosen Sozialismus auf der Grundlage individuellen Denkens und der Würde der menschlicher Persönlichkeit. Die starke anarchistische und anarcho-syndikalistische Bewegung in Argentinien und anderen lateinamerikanischen Ländern war tatsächlich fähig, allerlei Opfer staatlicher Verfolgung und diktatorischer Entscheidungen zu integrieren. Und so war auch die jüdisch-anarchistische Gruppe in der Lage, über lange Zeit fortzubestehen und ihr Prestige und ihren Einfluss auf die jüdische Bevölkerung Südamerikas aufrecht zu erhalten.

Nach dem Weltkrieg von 1914 bis 1918 gründete mensch etliche jüdisch-anarchistische Presseorgane in Argentinien. Bis zum Jahr 1947

erschien dort die monatliche Zeitschrift „Dos fraye vort“ und in den letzten Jahren die Monatsschrift „Di velt“. Es gab auch etliche originale und übersetzte Werke auf Jiddisch, wie „Aroys gevorfene reyd“ von Y. Gorodiski, „Natsionalismus un kultur“ von Rudolf Rocker, eine große Kropotkin-Sammlung und „Y. l. perets“ von A. S. Zakuski.

Auch in Frankreich hat die jüdisch-anarchistische Bewegung eine lange Geschichte. Im größten und ältesten Zentrum jüdischer Arbeiter*innen in Nordeuropa nach London, in Paris, agitierten die jüdischen Anarchist*innen bereits in den 1880er und zu Beginn der 90er Jahre. Der erste Redakteur des Londoner „Arbeter fraynd“, Philip Krants (1858-1922), wurde im Jahr 1883 nach Paris eingeladen, wo er die ersten anarchistischen Gruppen aus russisch-jüdischen Immigrant*innen gründete, hauptsächlich aus Student*innen und Arbeiter*innen. Sie verbreiteten fleißig den „Arbeter fraynd“ und andere anarchistische Zeitungen wie die New Yorker „Fraye arbeter shtime“. Es gab auch eine eigene Pariser Gruppe mit dem Namen „Arbeter fraynd“. Rudolf Rocker hielt Vorträge in Paris. Er kam im Jahr 1891 von Deutschland über Belgien nach Paris, wo er erstmals die Bekanntschaft mit jüdischen Arbeiter*innen und anarchistischen Juden und Jüd*innen machte (siehe: 70. Ausgabe der „Fraye arbeter shtime“ vom 31. März 1944).

Shalom Schwartzbard, vom Jerusalemer Künstler Misha Muro aus Elfenbein geschnitzt

1898 druckte die Gruppe Jüdische Sozialisten in Paris die Broschüre „Eyn ofener briv yidisher arbeter in pariz tsu der frantsoyzisher sotsialistisher partey“. Darin wird den französischen Sozialisten ihre Schwäche im Kampf gegen den Antisemitismus zum Vorwurf gemacht. Im Jahr 1900 wurden auf dem internationalen anarchistischen Kongress in Paris Reden über Zionismus und Antisemitismus gehalten, die dann in Form einer Broschüre erschienen. Die ersten Jiddisch sprechenden Anarchist*innen in Paris übten im wesentlichen drei Tätigkeiten aus: 1.) Propaganda des anarchistisch-kommunistischen Ideals, 2.) kulturelle Tätigkeiten (Vorträge, Diskussionen, Arbeiterbibliotheken), 3.) Gründung von Gewerkschaften. In den Sweatshops der Stadt arbeiteten viele osteuropäische Juden und Jüd*innen als Schneider*innen, Hutmacher*innen, Tischler*innen und Lederer*innen.

Mit dem Aufkommen des revolutionären Syndikalismus nach 1900 verbreiteten sich diese Ideen auch unter den französischen Juden und Jüd*innen sehr stark. Von 1908 bis 1910 gab es in Paris eine Föderation Jiddisch sprechender anarchistischer Kommunist*innen. In Paris, wie auch in London, waren die jüdischen Anarchist*innen die ersten Gestalter*innen und Pionier*innen der gesellschaftlichen und radikalen Arbeit unter den jüdischen Arbeiter*innenmassen. Sie belebten mit ihrer Presse, ihren Gewerkschaften, ihrer Klub- und Kulturarbeit die jüdische Welt.

Titelbild aus Samuel Schwartzbard: In'm loyf fun yorn

Der erste Weltkrieg unterbrach die Arbeit der Pariser Gruppen. Nach der Oktoberrevolution ging ein Teil von Paris aus nach Russland. Nicht wenige von ihnen kehrten enttäuscht nach Westeuropa zurück und diejenigen von ihnen, denen Großbritannien wegen der schlechten Beziehungen des Landes zu Russland verschlossen blieb, fanden ihr neues Zuhause in Paris. Im Jahr 1924 wurde in Paris eine Jugendgruppe mit dem Namen „Fraye sotsialisten“ gegründet und im Zeitraum von 1926 bis 1927 erschien für eine kurze Zeit wieder der „Arbeter fraynd“.

In den Jahren vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges lebten in den jüdischen Kreisen viele bekannte anarchistische Immigrant*innen aus Russland, wie Volin, Machno und andere. Auch Teile der russisch-jüdischen Intelligenz standen mit den jüdisch-anarchistischen Kreisen in Paris in Kontakt, wie beispielsweise Maria Isidorova Goldsmit oder Alexander Shapiro. Über viele Jahre hinweg nahm der berühmte jüdische Kämpfer für die Befreiung der Ukraine Samuel Schwartzbard (1887-1938) regen Anteil an den Aktivitäten der Pariser Gruppe. Im Jahr 1926 erschoss er in Paris den blutrünstigen ukrainischen Politiker Symon Petlijura.

PINNWAND

Nachrichten in aller Kürze

Dresden: Im Januar fand ein Vortrag zu FdA und Gai Dao vor mehr als 25 sehr interessierten Menschen statt. Der Vortrag wurde vom Libertären Netzwerk Dresden organisiert. Dieses plant für März und April eine vierteilige Vortragsreihe mit den Themen: 1. Einführung in den Anarchismus 2. Strömungen des Anarchismus, 3. Geschichte des Anarchismus in Dresden 4. Workshop: Gründung von / Partizipation an anarchistischen Gruppen.

Amsterdam: Am Samstag, den 02.02.2013, haben 70 Pfleger*innen und Sympathisant*innen das Alten- und Behindertenpflegeheim Dr. Sarphatihuis in Amsterdam besetzt. Mitglieder des Vrije Bond bzw. der Anarchistischen Gruppe Amsterdam unterstützten die Besetzung und verteilten Flugblätter.

Bremen: Am 10.02.2013 gedachten Anarchosyndikalist*innen und Sympathisant*innen der Bremer Räterepublik. Am Rätedenkmal auf dem Waller Friedhof wurde ein Redebeitrag gehalten. Ein gemeinsames Mittagessen im neuen sozialen Zentrum in der Bremer Neustadt war der gesellige Abschluss des diesjährigen Rätegedenkens.

Darmstadt: Im Zuge des „schwarzen Februars“ gab es am 09.02.2013 eine nicht angemeldete Demonstration in der Innenstadt.

Dresden: Der studentische Freiraum KOK16 in Dresden ist weiterhin besetzt. Es werden Unterschriften für den Erhalt auf Change.org/kok16 benötigt. Unterstützbar ist der KOK auch durch kostenlose Vorträge und Konzerte vor Ort.

Südwest: Die Website des Anarchistischen Netzwerk Südwest* (www.a-netz.org) ist nach Umbauarbeiten nun wieder online. Es wurde von Joomla auf WordPress gewechselt und dadurch einige Sicherheitslücken geschlossen. Außerdem gibt es noch etwas erfreuliches zu vermelden: das Anarchistische Netzwerk Tübingen ist dem A-Netz und somit auch dem Forum deutschsprachiger Anarchist*innen beigetreten. Es geht voran!

Dresden/ Ustí nad labem: In Usti' an der Elbe (CZ) drohten über 30 Menschen im Januar aufgrund rassistischer Wohnungspolitik obdachlos zu werden und besetzten darauf hin mit Hilfe von Aktivist*innen der tschechischen IFA-Föderation CSAF ihr Wohnhaus. FdA-Mitglieder aus Dresden leisteten deutsche Berichterstattung und sammelten Spenden. Durch medialen Druck konnte ein neues Wohnhaus gefunden werden. Weitere Kooperation zwischen CSAF- und FdA-Gruppen zur Unterstützung tschechischer Roma ist geplant. Es werden für Ustí noch 1000 Euro Spenden benötigt:
Empfänger: Konexe IBAN: CZ43 2010 0000 0025 0027 1703 BIC: FIOBCZ-PPXXX Verwendungszweck: dormitory (wenn Darlehen zusätzlich: loan)

Dresden: Für den 1. Mai ist in Dresden wieder eine klar anarchistisch-gewerkschaftliche Demonstration geplant. Diese soll diesmal bundesweit mobilisiert werden um wieder eine klar libertäre, jährliche Demonstration und einen wichtigen Anlaufpunkt für Anarchist*innen in Ostdeutschland zu etablieren. Achtet auf Ankündigungen auf www.fda-ifa.org

Thessaloniki: Die streikenden Arbeiter*innen der Vio. Me Fabrik, die seit Mai 2011 keinen Lohn mehr erhalten haben, haben sich dazu entschlossen, am 12.02.2013 die Produktion wieder aufzunehmen. Diesmal allerdings ohne Chefs und unter der Kontrolle und Selbstverwaltung der Arbeiter*innen!